

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Pauli, Magdeburg. Druck und Verlag von P. Anlauf & Co. Magdeburg, Große Mühlenstraße 1. Preis für den Abnehmer 1.20 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig. Sonntags 2 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 Millimeter breite Nonpareilzeile kostet 20 Pf., auswärts 30 Pf., samt den Anzeigen und Stempelgebühren 1 Pf. 10. Die dreispaltige 30 Millimeter breite Nonpareilzeile kostet 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Plakatschriften keine Gewähr. Erfüllungsort: Magdeburg. Postfach 100 Nr. 129 Magdeburg.

Nr. 277.

Magdeburg, Sonnabend den 27. November 1926.

37. Jahrgang.

Ein Weltreich im Umbau

Aus London wird uns geschrieben:

Mit der Veröffentlichung des Berichts der Kommission der Ministerpräsidenten des britischen Weltreichs ist die Aufgabe der Reichskonferenz abgeschlossen. Sie endet mit der Formulierung von einer Reihe von Meinungen, die beweisen, daß die angelsächsischen Staatsmänner das Verständnis für die Notwendigkeiten der Stunde nicht eingebüßt haben. Wenigstens, soweit die Beziehungen zwischen Mutterland und den sich selbst regierenden Dominions in Betracht kommen. Im Gegensatz zu den Erwartungen und Befürchtungen haben sich in den entscheidenden Fragen des Umbaus der Beziehungen zwischen Mutterland und Dominions die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Auffassungen Londons, Kanadas, Südafrikas und dem Frischen Freistaat nicht als unüberwindbar gezeigt.

Die Arbeit der Konferenz schließt mit einer entschiedenen Verbesserung der Beziehungen zwischen Großbritannien und Irland bzw. Südafrika. Während die vor 3 Jahren abgehaltene Konferenz nach einem Worte Garbins „in einer geistigen Konfusion, einer seelischen Abhängigkeit und einer Lähmung in allen wesentlichen Entscheidungen“ endete, hat die gegenwärtige Konferenz diesen letzten Punkt, auf dem das Weltreich angekommen zu sein schien, überwunden. Freilich nur, soweit London und die Dominions in Frage kommen. In die eigentlichen Lebensfragen des britischen Weltreichs, der Lösung der indischen und ägyptischen Frage, des ungeheuren Fragenkomplexes der schwarzen und weißen Völker und ihrer Stellung zum „Empire“ hat die Konferenz nicht gerührt. Auch der Streit zwischen Irland und den großen mit Südafrika in das „Empire“ hier in seinem Bestand nicht bedroht und nur völlige Unkenntnis der Tatsachen hat die kulturelle und teilweise wirtschaftliche Durchdringung Kanadas von den Vereinigten Staaten her zu einem unmittelbaren, das Empire gefährdenden Problem gestempelt. Die wirkliche Lebensfrage des Empire liegt nicht hier, in den Dominions, sondern in Indien und Ägypten, in Malaga, Sudan usw. Dieses Problem ist von den führenden Staatsmännern kaum angechnitten, geschweige denn gelöst worden. Darum ist es zu früh, wenn wohlmeinende Konferenztatler jubelnd feststellen, daß die Auflösung des Empire durch diese Konferenz gebannt sei. Was die Konferenz tatsächlich an Neuem gebracht hat, das ist in den abschließenden Feststellungen des Berichts der Ministerpräsidenten wie folgt zusammengefaßt: „Nichts wäre damit gewonnen, wenn man versuchen wollte, eine Verfassung für das britische Empire festzulegen. Seine so weit auseinanderliegenden Teile besitzen außerst verschiedenartige Eigenheiten, sie haben eine außerst verschiedene Geschichte und befinden sich in außerst verschiedenen Entwicklungsstadien.“

Die Gruppe der sich selbst regierenden Gemeinwesen, bestehend aus Großbritannien und den Dominions sind eine autonome Gemeinwesen innerhalb des britischen Empire, sie befinden sich in gleicher Stellung, sind in keiner Weise — was ihre Innenpolitik und auswärtigen Beziehungen anbelangt — einander untergeordnet, jedoch durch ihre gemeinsame Zugehörigkeit zur Krone geeinigt und aus eigenem Willen heraus als Mitglieder verbunden. Jedes Mitglied des Empire, das sich selbst regiert, ist nunmehr Herr seines eignen Schicksals. Es ist, in facto, wenn auch nicht immer in der Form, keinerlei irgendwie gearteter Zwang unterworfen. Gleichheit in der Stellung ist somit das Grundprinzip, das für die internationalen Beziehungen der Mitglieder des Empire maßgebend ist. Damit ist in aller Form die Freiheit und Gleichstellung der selbstregierenden Dominions erklärt.

Aber dieses „Prinzip der Gleichheit“ bezieht sich auf die Stellung und nicht allgemein auf die Funktionen der einzelnen Mitglieder. Das heißt z. B., daß die Funktion des Mutterlandes bei diplomatischen Verhandlungen und hinsichtlich der militärischen Aufgaben bedeutungsvoller bleibt als etwa Kanadas oder Australiens, und an dem bisherigen Zustand, wo London für die Reichsverteidigung im wesentlichen verantwortlich war und in entscheidenden diplomatischen Fragen als Treuhänder des Empire auf eigene Faust gehandelt hat, grundsätzlich nichts verändert werden soll. Auf Indien finden diese Erklärungen keine Anwendung. Indiens Stellung ist durch den „Government of India Act, 1919“ bestimmt. Das Komitee empfiehlt dagegen eine Änderung im Titel des Königs. Anstatt der bisherigen Formel, die von einem „verehelichten Königreich“ sprach, ist Georg V. nunmehr König „Großbritanniens und Irlands und der britischen Dominions“ usw. Der veraltete Begriff des „United Kingdom“, der „Vereinigten Königreich“, hat damit offiziell zu existieren aufgehört. Ein letzter Nachhall der engeren Verbindung Großbritanniens und Ir-

Reichsbannerprozeß in Haffelfelde

Haffelfelde, 26. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Amtsgericht des kleinen braunschweigischen Städtchens Haffelfelde begann heute vormittag der Prozeß gegen 14 Angehörige des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wegen Landfriedensbruchs, der von den anklagenden Behörden in den Vorgängen vom 25. September 1925 erblickt wird. Damals veranstaltete das Reichsbanner (Gruppe des benachbarten Thale) einen Werbeabend mit Fackelzug.

Die Reichsbannerleute wurde von Beginn an von Mitgliedern der nationalen Verbände provoziert; als sie am Abend ruhig vorbeimarschieren wollten, eröffneten die Vaterländischen aus der Gastwirtschaft heraus ein regelrechtes Bombardement mit Steinen und Flaschen. Auch Schüsse fielen. Mehrere Reichsbannermitglieder brachen ohnmächtig zusammen und mußten von ihren Kameraden abtransportiert werden.

In großer Erregung drang nun eine Anzahl von Leuten in die Gastwirtschaft ein und suchte die Attentäter, die zu meist schon geflüchtet waren.

Die Folge dieser Vorgänge war die Anklageerhebung gegen 14 Mitglieder des Reichsbanners. Die 14 Angeklagten sind heute sämtlich zur Stelle, darunter eine kränkliche alte Arbeiterfrau, die keine Ahnung hat, warum sie auf die Anklagebank gekommen ist.

Zunächst wurde der Angeklagte Dieck vernommen, der eine Schilderung der Vorgänge gab. Es ergibt sich, daß das Reichsbanner einen der üblichen Werbenzüge veranstaltet hatte und vom ersten Augenblick an von Angehörigen des Stahlhelms bedroht wurde. Der Angeklagte hörte beim Anmarsch aus der Gastwirtschaft, die das Hauptquartier der

Vaterländischen war, laut rufen und Schüsse fallen und sah danach Verwundete taumeln. —

Haffelfelde, 26. November. Von den vorgezeichneten rund 150 Zeugen sind für den ersten Tag 20 geladen. Die Kreisdirektion Blankenburg hat für die ganze Dauer des Prozesses, etwa eine Woche, ein Verbot für den Verkauf von Branntwein oder branntweinähnlichen Getränken angeordnet. Ein größeres Aufgebot von Gendarmen ist im Gericht und im Ort untergebracht. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Meinecke. Als zweiter Richter fungiert Assessor Eichhoff, als Schöffen Sägewerksbesitzer Kruse (Haffelfelde) und Maurer Otto Schlieb (Stiege a. S.). Zwei Ersatzschöffen sind zur Stelle.

Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Schulze aus Blankenburg. Der Vorsitzende vereidigt die Schöffen und macht dann längere Ausführungen. Die Vorgänge, die zum Prozeß geführt hätten, wären stark politischer Natur, doch habe man jetzt keine Ursache mehr, sich so aufzuregen, wie unter der frischen Erinnerung der Dinge. Vor allen Dingen scheidet jetzt vor Gericht jede Politik aus; diese gehöre ins Parlament. Strengste Objektivität müsse herrschen und die Würde des Gerichts müsse gewahrt werden. Gericht und Verteidigung verständigten sich über Art und Dauer der Verhandlungen, und der Vorsitzende gibt an, daß er versuchen werde, den Prozeß in 6 Tagen durchzuführen. Die Verhandlungen der Angeklagten beginnt, und der Hauptangeklagte, Geschäftsführer Dieck, früher in Thale, jetzt in Magdeburg, ein früherer Offizier, der sich im Felde das EK 1 geholt hat, schilderte die Ereignisse. —

Severing gegen Gefler

Berlin, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Zu der immer noch ungeklärten Frage, ob die Denkschrift Mahrauns dem preussischen Innenministerium vom Reichswehrminister zur Kenntnis gebracht worden ist, hat jetzt auf Drängen des preussischen Innenministeriums der Reichswehrminister eine neue Erklärung abgegeben, die dahin geht, daß er seinerzeit den General Haffe beauftragt hätte, mit Severing über die Denkschrift zu sprechen. Diese Unterredung habe stattgefunden, und General Haffe habe mit Severing auf Grund der Denkschrift Mahrauns sich über die Organisationen und Persönlichkeiten unterhalten, die in der Denkschrift erwähnt sind.

Demgegenüber erklärt das preussische Ministerium des Innern heute nochmals, daß ihm von der Mahraunschen Denkschrift amtlich nichts bekanntgeworden sei. Auf eine Anfrage beim früheren Innenminister Severing hat auch dieser geantwortet, daß ihm eine Denkschrift nicht unterbreitet worden sei und daß er sich mit dem General Haffe wohl über Personen des Wehrkreises unterhalten habe, aber daß der Mahraunschen Denkschrift dabei überhaupt keine Erwähnung getan wurde.

Das Verhalten des Reichswehrministeriums erscheint also auch in dieser Frage zu einem sehr merkwürdigen Lichte. —

Schwere Strafen gegen Kommunisten

St. Pörsberg, 26. November. Wegen Landfriedensbruchs wurden vom Großen Schöffengericht Pörsberg neun Kommunisten zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 1 Jahre, drei andre, darunter zwei Stadtverordnete, zu einem bis eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie hatten sich am Tage nach dem Volkenscheid über die Härtenabstufung an einem von mehreren hundert Personen ausgeführten Heberfall an einem Stahlhelmfestzug beteiligt. (Kommunisten oder Reichsbannerleute bekommen schwere Strafen. Hat man schon einmal etwas von der Bestrafung irgendwelcher Stahlhelmer gehört? Natürlich hat daran die Justiz und die Einstellung der Richter keine Schuld. Red. d. „S.“) —

Gegen den Anlauf des Kaiserhofes

Berlin, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Projekt des Reichsfinanzministers, das Gebäude des Hotels Kaiserhof für die Unterbringung von Reichsministern anzukaufen, kann als endgültig gescheitert angesehen werden. Die Sozialdemokratische Partei hat beschlossen, gegen die Vorlage des Reichsfinanzministeriums zu stimmen, die damit endgültig gescheitert ist.

lands ist allerdings auch im Titel übriggeblieben, wo Irland im Gegensatz zu den übrigen Dominions herausgehoben und vor den übrigen britischen Dominions aufgeführt wird.

Wichtiger ist die nächste Empfehlung. Der Bericht betont, daß die Generalgouverneure der Dominions, die von London aus ernannt werden, die gleiche Stellung zur Politik des Landes einzunehmen haben wie der britische König innerhalb Großbritanniens. Sie hören also von dem Augenblick der Verwirklichung dieser Empfehlung an „Vertreter oder Agenten“ der britischen Regierung, aber nicht des Königs zu sein. Diese neue Regelung bedeutet nicht mehr und nicht weniger und das ist die dritte und vielleicht wesentlichste Änderung, welche die Konferenz mit sich gebracht hat, daß damit der letzte Rest der verfassungsmäßigen Ueberordnung der Londoner Zentralregierung über die Regierungen der Dominions zu bestehen aufgehört hat.

Der Bericht stellt ferner fest, daß jedes Dominion das Recht haben soll, mit auswärtigen Ländern selbstständig zu verhandeln und Verträge mit diesen Ländern in allen Fragen abzuschließen, die die Interessen dieses betreffenden Dominions berühren. Das ist die vierte wesentliche Änderung, die für die Zukunft vorgesehen ist. Schließlich wird mit großem Nachdruck auf die Notwendigkeit der gegenseitigen Beratung in allen Fragen verwiesen, die gemeinsames Interesse betreffen

dürfen und überall dort, wo eine geplante oder erfolgte Handlung eines Dominions direkt oder indirekt andre Mitglieder des Empire mitberührt. Mit größtem Nachdruck betonen die Ministerpräsidenten der Dominien die Notwendigkeit, das System der zwischenstaatlichen Beratungen zwischen den einzelnen Gliedern des Weltreichs auszubauen, und drücken zum Schluß den Wunsch aus, neben diesen zwischenstaatlichen Verständigungen einen „engern persönlichen Kontakt“ sowohl in London als in den Hauptstädten der Dominions herzustellen. Die Grundlinien hierfür sollen in Zukunft zwischen Großbritannien und den Dominions geregelt werden. Damit ist, wenn auch auf eine sehr unbestimmte Weise, die Frage der zukünftigen Stellung der Kommission der Dominions in London angechnitten. Sie sind längst aus rein dekorativen Figuren zu diplomatischen Vertretern der Dominions im eigentlichen Sinne des Wortes emporgewachsen. Trotzdem ist ihre Stellung bei allen für das gesamte Empire bedeutungsvollen Entschlüssen höchst unbestimmt.

Auf eine kurze Formel gebracht ist das Ergebnis der Konferenz, ein weiterer Schritt zur Bewirklichung der Gleichberechtigung zwischen London und den Dominions. Die wirklichen Schicksalsfragen des Empire sind damit allerdings um keinen Schritt ihrer Lösung näher gekommen. Sie lagen außerhalb des Rahmens dieser Empirekonferenz, die nichts als eine Konferenz der Dominions war.

Abg. Aufhäuser (Soz.) konnte nachweisen, daß dieser Antrag für die Arbeiter und Angestellten noch schlimmer wirken müßte als eine generelle Zulassung der Rechtsanwälte. Die von Dr. Fischer verlangte Bestimmung würde dazu führen, daß die Unternehmer schon bei Beginn eines Streitfalles möglichst hohe Streitsummen angeben, auch wenn nachher eine Herabsetzung derselben festgestellt werden muß, um eben in jedem Falle einen Rechtsanspruch hinzuzurechnen zu können, während dem Arbeitnehmer das Geld für einen solchen Rechtsstreit fehlt. Er wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Zumutung, daß in zweiter Instanz bei dem gewünschten Rechtsanwaltszwang die wirtschaftlichen Verbände nur noch angehört werden sollen. Es zuge gerade nicht von besonderem demokratischen Geschma, daß ausgerechnet die Partei des Abg. Dr. Fischer glaube, den Artikel 165 der Reichsverfassung unwirksam machen zu können. Auch der Vertreter der preussischen Regierung setzte sich mit allem Nachdruck für den deutschnationalen Antrag ein, der in diesem Falle im wesentlichen dem Inhalt des demokratischen Antrages entsprach.

Die Arbeitnehmervertreter der Demokratischen Partei waren diesmal nicht anwesend. Die Deutschnationalen, Demokraten und Deutsche Volkspartei blieben aber erfreulicherweise in der Minderheit. Von den Regierungsparteien war auch in dieser entscheidenden Abstimmung nur noch das Zentrum für die Vorlage der Regierung eingetreten.

Bei § 12, der die Gebühren regelt, ist gegen die Stimmen der Arbeiterparteien eine wesentliche Verschlechterung beschlossen worden, und zwar derart, daß die billigen Gebühren des Arbeitsgerichts nur noch in der untern Instanz Geltung behalten, in der Berufungs- und Revisionsinstanz jedoch das allgemeine Gerichtsgebührenmaß maßgebend sein soll. Die Rechtsparteien versuchen auch bei den Bestimmungen über die Verwaltung und die Dienstaufsicht die Mitbestimmung der wirtschaftlichen Verbände, wie sie in erster Lesung beschlossen war, wieder zurückzuführen, konnten aber keine Mehrheit auf ihren Antrag berechnen.

Nachtragsetat

Der Haushaltsauschuß des Reichstags erörterte am Donnerstag den zweiten Nachtragsetat und lehnte die Position von 675 000 Mark, für die ein Dienstgebäude für das Gesetzsammlungsamt im Berliner Zeitungsviertel erworben werden sollte, ab. Angenommen wurde ein Antrag, wonach ein bisher dem Postministerium gehörendes Dienstgebäude dem Gesetzsammlungsamt durch Verpachtung oder langfristigen Mietvertrag dauernd erhalten werden soll.

Bei der Etatsposition, die sich mit der Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke befaßt, gelangte ein Antrag zur Annahme, der die Reichsregierung ersucht, die wirtschaftliche Lage der gealterten deutschen Geistesarbeiter zu überprüfen und gegebenenfalls bei der Beratung des Haushalts für 1927 eine entsprechende Vorlage zu machen. Abg. Söllmann (Soz.) beantragte, einen namhaften Betrag zur Behebung der besonderen Notstände in der deutschen Kunst in den Nachtragsetat 1927 aufzunehmen.

Zweierlei Schwebestand

Wieder einmal Bayern! Die Bayerische Volkspartei hat sich eben bemüht, dem Zentrum auseinanderzusetzen, daß eine Festlegung auf die Republik dem weltanschaulichen Charakter widerspräche. Sie hat Rannflüche ergehen lassen gegen Wirth und seine Freunde, die sich zur Republik bekennen, weil nach solcher Festlegung sie mit dem Zentrum nichts mehr zu tun hätten. Sie hat das Ideal des Schwebestandes gepriesen und das Prinzip verkündet, daß man sich als Mitglied der Bayerischen Volkspartei auf eine bestimmte Staatsform nicht festlegen dürfe.

Da widersprach ihr ein Unglück. Sie hat Mitglieder, die dem „Bayerischen Heimat- und Königsbund“ angehören. Nun hat der Bayerische Heimat- und Königsbund erklärt, seine Mitglieder würden bei kommenden Wahlen von den Kandidatenlisten die Namen aller jener streichen, die Sinn und Ziel der Partei vergessen zu haben scheinen.

Sinn und Ziel der Partei. Damit meinen sie nicht den heiligen Schwebestand, auch nicht den weltanschaulichen Charakter. Sie meinen das Ziel der Wiedererrichtung der Mittelsbacher Monarchie.

Was tut der „Bayerische Kurier“, das Hauptorgan der Bayerischen Volkspartei? Gibt er dem Heimat- und Königsbund einen Vortrag über den Schwebestand? Erklärt er, daß jeder, der sich auf die Monarchie festlege, keinen Platz in der Weltanschauungspartei, der Bayerischen Volkspartei, habe? O nein, er regt sich ein wenig auf über den Verstoß des überparteilichen Charakters des Bundes, aber das ist alles.

Gegen den bayerisch-volksparteilichen Weltanschauungscharakter verstößt es nämlich nur, wenn man sich zur Republik bekennt — mit der Monarchie ist das eine ganz andre Sache.

Ehrhardts Meineid

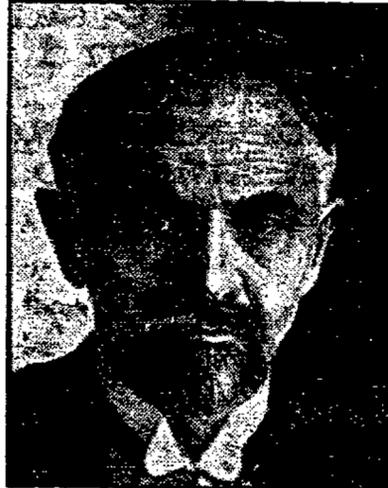
Kapitän Ehrhardt hat durch seinen Rechtsanwalt gegen den preussischen Minister des Innern, Grzesinski, Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung stellen lassen. Die Beleidigung erblickt Ehrhardt darin, daß in der Denkschrift der preussischen Regierung die gerichtsmotivischen Tatsachen wiedergegeben seien, daß gegen Ehrhardt keinerlei ein Verfahren wegen Meineides eingeleitet worden sei, und daß im Falle der Prinzessin Hohenzollern die Kaststrafe zum Meineid durch Kapitän Ehrhardt erwiesen sei.

Das sind Tatsachen, die Ehrhardt auch nicht durch einen Beleidigungsprozeß aus der Welt schaffen kann. Sein Strafantrag gegen den preussischen Minister ist eine leere Demonstration, da die Durchführung der Klage die Immunität Grzesinskis entgegensteht. Das weiß Ehrhardt und sein Rechtsanwalt.

Bandervelde gegen de Brouderere

Der Generalrat der belgischen sozialistischen Partei behandelte am Mittwoch die durch den Rücktritt des Finanzministers Francqui geschaffene innerpolitische Lage und namentlich die Frage, ob die Sozialisten weiter in der Regierung verbleiben sollen. Die Ansichten darüber sind in der Partei hiez geteilt. Bandervelde neigte im fernem großangelegten, absichtlich sehr objektiv gehaltenen Referat zugunsten der Fortsetzung der sozialistischen Mitarbeit in der Regierung. Für die Koalitionspolitik sprachen sich die Vertreter der großen Gewerkschaften aus, während sich vor allem de Brouderere als Gegner der Koalition betraute.

Bandervelde führte aus, daß mit Abschluß der Stabilisierungsoperation und dem Austritt Francqui aus der Regierung jedenfalls ein neuer Zeitabschnitt beginne. Die Partei habe eigentlich nur zwischen zwei Wegen zu wählen: entweder Aufstellung eines Programms von Forderungen auf steuerlichem und sozialem Gebiet, das zur Bedingung der sozialistischen Teilnahme an einer mehr oder weniger veränderten Koalitionsregierung zu machen sei, oder aber der Eintritt in die Opposition. Eine ausgesprochene sozialistisch-demokratische Kampfregierung sei kaum erreichbar und wäre von kurzer Dauer. Sie würde auch infolge der kapitalistischen Gegnerschaft eine neue Finanzkatastrophe heraufbeschwören können. Es sei auch nicht leicht, in die



Krassin

der im Alter von 56 Jahren in London verstorbenen russische Vorkämpfer, der als der beste Wirtschaftsexperte, den die russische Diplomatie besaß, bezeichnet wird.

Opposition zu treten, da bei der parlamentarischen Stärke der Arbeiterpartei keine Garantie für eine stabile bürgerliche Regierung bestünde. Bandervelde schlug vor, die Entscheidung einem außerordentlichen Parteitag zu Weihnachten zu überlassen. Unbedingt nötig sei, daß eine starke Mehrheit in diesem oder jenem Sinne entscheide. Die sozialistischen Minister würden nicht im Amte bleiben, wenn die Koalitionspolitik nur eine schwache Mehrheit fände.

De Brouderere erkannte an, daß die bisherige Koalitionspolitik bessere Ergebnisse gezeitigt habe als er befürchtet hatte. Immerhin sei die Fortsetzung dieser Politik für die Partei sehr gefährlich, da die Massen vielfach die Regierungsbeteiligung der Sozialisten verantwortlich machen für die schweren Lasten der Stabilisierung. Einstimmig wurde die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags auf Weihnachten beschlossen.

Der Feind des Friedens

Aus Paris wird uns gedruckt: Der „Quotidien“, gibt keine Ueberraschung darüber Ausdruck, daß die französische nationalistische Presse sich bei jeder Gelegenheit über die Reden Stresemanns aufhält, aber andauernd stumm bleibt gegenüber den Neußerungen Mussolinis, die doch bedeutend beunruhigender seien. Das Blatt verweist auf ein Interview, das Mussolini einem Vertreter der „Chicago Tribune“ gegeben hat: „Italien hoffe, die großen Probleme der Emigration (volksmäßige Auswanderung) zu lösen, ohne zu einem Angriffskrieg übergehen zu müssen.“

Das Blatt wiederholt dann die bereits mehrfach in französischen Blättern gemachten Mitteilungen über italienische Rüstungen an der französischen Grenze und fügt hinzu, daß die französische Seeresleitung mit ähnlichen Rüstungen antwortet. „Angesichts all dieser Tatsachen sei es“, wie der „Quotidien“ meint, „wert, der öffentlichen Meinung mitgeteilt zu werden, daß die empfindlichen französischen Patrioten sich so stellen, als läßen sie die Herausforderung des italienischen Duce nicht; dabei gäbe es nur einen Feind des Friedens: Mussolini.“

Der bekannte Journalist und Schriftsteller Mario Mariani ist als politischer Flüchtling aus Italien in der Schweiz eingetroffen. Er hat an der Grenze erklärt, keinerlei Partisanen zu besitzen, da er nicht Gefahr laufen wolle, erkannt und festgenommen zu werden. Mariani hat sich nach Frankreich begeben.

Die faschistische Regierung hat den früheren Sekretär der von Mussolini aufgelösten Gewerkschaft der Seefleute, den Kapitän Diuletti, verhaften lassen. Diuletti wurde bereits seit einiger Zeit verfolgt. Jetzt wird er beschuldigt, die Gelber der früheren Gewerkschaft nicht an die faschistischen Behörden ausgeliefert zu haben.

Notizen

In Justizministerium. Amlich wird mitgeteilt: Das preussische Kabinett hat beschlossen, die in der Strafsache gegen Ehrmann und Genossen (Jemenod Panzer) gegen Stern, Hohenkamp und Schirman verhängten Todesstrafen in Zuchthausstrafen umzuwandeln, und zwar bei Stern in lebenslängliche, bei Stern in eine 15jährige, bei Schirman und Schirman in eine je 10jährige Zuchthausstrafe.

Keine Gedenkstunde. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschloß am Donnerstagabend mit knapper Mehrheit die Aufhebung der Gedenkstunde, die nach 1 Uhr nachts erhoben werden sollte.

Schuldenrückzahlung. Der Hauptauschuß des Reichsbürgertums hat sich zur Einberufung der wirtschaftlichen Rat auf Beschluss der jetzt wieder wirkenden Landesregierung geäußert. Die Regierung wird einen Teil dieses Geldes zur Gewährung von Wohnschuldenrückzahlungen an Minderbemittelte schon in nächster Zeit den Käufern und Geldern zuwenden.

Die Justizverwaltung. Die endgültige Vereinbarung der Grenze zwischen dem Reich und der Türkei nach dem Rücktritt des türkischen Botschafters durch eine Kommission, bestehend aus zwei Beamten des Reichs, zwei Beamten der Türkei, zwei

britanischen und einem vom schweizerischen Bundespräsidenten zu bezeichnenden Vorsitzenden vorgenommen werden. Als Vorsitzender ist der schweizerische Geologieprofessor Baeschlin von der eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich gewählt worden, der im nächsten Frühjahr die ihm übertragenen Aufgaben an Ort und Stelle durchzuführen gedenkt.

Depeschen

Regito beugt sich nicht.

21. New York, 26. November. Nach Meldungen aus Mexiko veröffentlichten die dortigen Blätter eine amtliche Erklärung, die besagt, daß die Del- und Landgesetze vom 1. Januar ab streng durchzuführen werden sollen. Die Delkompanien werden gewarnt, neue Konzessionen zu gewähren. Der „Universal“ greift die Vereinigten Staaten wegen vorzeitiger Verurteilung der Gesetze an.

Der mexikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Saenz, erklärte, daß der nächste Schritt nunmehr von Washington ausgehen müsse. 33 Senatoren haben dem Präsidenten Calles eine Zustimmungskundgebung zu seiner Politik übermittelt. (Wenn diese Kundgebung stimmt, dann muß man den Schritt der mexikanischen Regierung als Antwort auf das Ultimatum, das die Vereinigten Staaten stellten, ansehen und hat mit ersten Verhandlungen zwischen Nordamerika und Mexiko zu rechnen. Aus New York wurde schon vor Tagen gemeldet, daß erwogen würde, den Gesandten aus Mexiko abzuberufen. Red. B.)

Garantievertrag mit Rumänien

25. Warschau, 26. November. Nach der Tagung des auswärtigen Senatsauschusses trat noch das Plenum des polnischen Senats zusammen, um zum polnisch-rumänischen Garantievertrag Stellung zu nehmen. Der Senat stimmte gegen die Stimmen der Ukrainer und Juden, also mit überwiegender Mehrheit, der Ratifizierung des Garantievertrages zu. Hierauf vertagte sich der Senat bis zum 15. Dezember.

Jauner noch Aufstand in Albanien

Berlin, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Nach neuem Meldungen aus Albanien ist entgegen den zuverlässigen Meldungen der Regierung der Aufstand der Mithisten noch nicht niedergeworfen. Trotz des angeblichen Misserfolgs der Aufständischen dauert ihr Vordringen gegen die Hauptstadt fort, und die Lage der Regierung soll nach wie vor kritisch sein.

Militärkontrolle ist Unsinn

25. London, 26. November. In einem Leitartikel in der „Morning Post“ spricht J. A. Spender die Hoffnung aus, daß die britische Regierung das Erfuchen Stresemanns um baldige Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission unterstützen werde. Vorwände für die Beibehaltung dieser Kommission würden stets gefunden werden. Wenn die alliierten Regierungen verständig und politisch zweckmäßig zu handeln vermöchten, so würden sie alle Kleinlichkeiten außer acht lassen und sich an folgende zwei Punkte halten:

1. Handelt die deutsche Regierung aufrichtig? und 2. ist Deutschland unter dem Gesichtswinkel der Kriegführung wirklich entwaflnet?

Was den ersten Punkt betreffe, so bewiese der Vertrag von Locarno und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund den Glauben der alliierten Staatsmänner an die Aufrichtigkeit der deutschen Regierung. Bezüglich des zweiten Punktes sei keine unabhängige militärische Autorität ernstlich der Ansicht, daß Deutschland noch irgendeine Rüstung hat, die es in den Stand setzen würde, den Krieg anders als in bescheidenem Maße zu führen.

Unter solchen Umständen könne die Beibehaltung der Interalliierten Militärkontrollkommission, die den deutschen Stolz verlese, nur eine dauernde Ursache kleinerer Reibungen sein und nur Schaden anrichten. Eine Nation von der Macht und den Hilfsquellen Deutschlands werde nicht dauernd entwaflnet bleiben, wenn die andern Nationen keinen wirklichen Frieden mit ihr schließen und zugleich beliebig starke Rüstungen beibehalten.

Spender bemerkt unter Hinweis auf die durch ein französisches Militärgericht erfolgte Verurteilung von zehn deutschen Schulknaben in der Pfalz zu Geldstrafen wegen Eingangs der „Wacht am Rhein“ und des Deutschlandbundes, es sei hohe Zeit, daß mit all diesen Kleinlichkeiten Herausforderungen Schluß gemacht werde und eine wirkliche Versöhnung zustande komme.

Batermörder?

21. Dessau, 26. November. Der Arbeiter Gurus Ueberdunk, der beim Alkohol ergehen und als gewalttätiger Mensch bekannt war, kam in vergangener Nacht betrunken nach Hause und mißhandelte seine Familie. Als er mit einem spitzen Messer auf seine Frau losging, ergriff 18jährige Sohn, der der ganzen Szene beigewohnt hatte, ein Messer und versetzte dem Betrunknen einen schweren Schlag auf den Kopf. Der Betroffene brach bewußtlos zusammen und wurde in bedenklichem Zustand dem Krankenhaus zugeführt. Der Sohn stellte sich selbst der Polizei.

Dreier Raubüberfall

Berlin, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Ein überaus dreier Raubüberfall am helllichten Tage wurde gestern in der Nähe des Alexanderplatzes verübt. In eine Geschäftsbank wurden plötzlich zwei fremde Männer hinein und drohten dem im Ladenraum befindlichen Angestellten mit der Pistole. Sie warfen ihm ein Tuch über den Kopf und banden ihm mit einer Schnur an einen Stuhl. Zwei weitere Männer betradeten sodann die Ladenkasse um 1000 Mark. Die vier Räuber konnten unerkannt entfliehen.

Flieger verbrannt

25. Rom, 26. November. Auf dem Flugplatz bei Turin stieß ein Militärflugzeug bei einem Probeflug an elektrische Leitungsdrähte, geriet in Flammen und stürzte ab. Die beiden Militärinsassen verbrannten.

Schnee im Schwarzwald

25. Freiburg, 26. November. Nachdem bereits die letzten Tage auf den Höhenlagen des Schwarzwaldes Schnee gebracht hatten, gingen gestern und in der vergangenen Nacht bei 6 Grad Höhe weitere Schneefälle nieder. Der Heuberg weist eine Schneehöhe von 17 Zentimeter. Die Schneefälle sind diesmal bis auf Höhenlagen von 800 Meter herabgegangen.

Wohnkammer einer Mutter

Stettin, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) In einem Koffer geheimer Umarmung hat eine Oberin heute mit sich ein 14-jähriges Mädchen und ihren anderthalbjährigen Sohn mit einem Hund verpackt. Die Frau verließ gestern ihr 14-jähriges Mädchen zu Hause, ließ das Kind auf besten schändlichen Platz ober laufen. Nach der Lösung der beiden kleinen Kinder entdeckte die Frau selbst.

In den Brunnen gefallen

25. Stettin (Stettin), 26. November. In dem Dorf Stettin hat ein 14-jähriges Kind vor den Augen seiner Mutter in einem Brunnen ertrunken. Die Mutter sprang dem Kinde nach. Sie konnte noch lebend gerettet werden, während das Kind bereits ertrunken war.

Gegen das Zeugniszwangsverfahren

In der Fortsetzung der außenpolitischen Aussprache zum Nachtragset 1926 im Reichstag am Donnerstag beendigt

Abg. Dr. Hasenberg (Komm.) den vom Abg. Dr. von Freytag-Loringhoven am Mittwoch begründeten Antrag auf Klärung der Kriegsschuldfrage als die vollkommenste Form des Vorgehens...

Abg. von Graefe (völk.) erklärt, die Völkischen hätten an sich keinen Grund sich schäme über General Watter zu stellen; aber dennoch wüßten sie die Ausführungen des Reichsministers gegen diesen General in schärfster Form zurückzuweisen...

Reichsinnenminister Rülz stellt gegenüber dem Vorredner fest, daß die Prüfung von Staatsverträgen nicht zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs gehören.

Abg. Schiele (Dt.-natl.) behauptet, daß die deutschnationalen Mitglieder des Kabinetts Luther den Locarnoverträgen nicht zugestimmt hätten. Die Regierung müsse das endlich offiziell feststellen.

Abg. Graf Westarp (Dt.-natl.) behält sich vor, später noch auf die Angriffe des Reichswehrministers auf General Watter zurückzukommen. Bei den von den Kommunisten und Völkischen eingebrachten Mißtrauensvoten gegen den Reichsaussenminister würden sich die Deutschnationalen der Stimme enthalten...

Rückbildung der Locarnoverträge wird gegen Völkische und Kommunisten abgelehnt. Der Antrag auf Prüfung der Kriegsschuldfrage durch den Ständigen internationalen Gerichtshof wird von den bürgerlichen Parteien angenommen.

Die Mißtrauensanträge der Kommunisten und Völkischen werden gegen die Antragsteller abgelehnt. Die Deutschnationalen enthalten sich der Stimme.

Der Gesetzentwurf über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau wird dem Beamtenausschuß überwiesen. Die Regierungsparteien, die die Vorlage dem Entscheidungsausschuß überwiesen wollten, blieben in der Minderheit.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung (Einführung der Erlaubnispflicht für das Bach- und Schließgewerbe) wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Preckgesetzes, wonach Abgeordnete des Reichstags und der Landtage, die strafrechtlich nicht zu erfassen sind, nicht mehr verantwortlich periodische Druckschriften zeichnen sollen.

Abg. Grenzberg (Komm.) nennt die Vorlage eine reaktionäre Maßnahme, wie sie selbst im kaiserlichen Deutschland nicht zu verzeichnen gewesen sei. Es handle sich hier um ein Ausnahmengesetz gegen die Kommunisten.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

Abg. Landberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redaktoren endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Zwange mit dem Ziele der Preisgabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden.

will man ihnen verbieten, als verantwortlicher Redakteur tätig zu sein. Wir sind der Ansicht, daß das Reichspreckgesetz, das aus dem Jahre 1874 stammt, einer gründlichen Umarbeitung bedarf, weil es den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht.

Es soll nunmehr die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bewahrung der Jugend vor

Schund- und Schmutzschriften in Verbindung mit dem dazu vorliegenden Antrag folgen.

Abg. Schred (Soz.) beantragt die sofortige Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß. Das sei notwendig angesichts der sehr beachtenswerten Proteste, die von führenden Stellen der Kunst und Wissenschaft gegen den Entwurf erhoben worden seien.

Reichsinnenminister Rülz wendet sich unter Unruhe und Gelächter der Kommunisten gegen diesen Vorschlag und meint, der Reichstag würde sich ein Armutzeugnis ausstellen, wenn er noch immer nicht Stellung nimmt zu einer Vorlage, die den Ausschuß über ein volles Jahr beschäftigt habe.

Der Antrag Schred wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, ebenso ein kommunistischer Antrag, die Beratung auf Freitag zu verlegen.

Darauf gibt Abg. Frau Mak (Dt. Vp.) den Bericht über die Verhandlungen im Ausschuß. Die Mehrheit wollte nicht ein Polizeigesetz machen, sondern die Jugend vor Schund- und Schmutzliteratur schützen.

Gegen 4 1/2 Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung auf Freitag nachmittag 3 Uhr.

Ein Antrag, die dritte Lesung der Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses zur Erwerbslosenfrage vorzunehmen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu Weihnachten jedem ein Buch!

Warten Sie nicht, bis das Beste und doch Billige ausgeht! Buchhandlung Volksstimme.

Geld regiert die Welt

Durch die Presse ging eine Nachricht, wonach nun auch die Ziegelsteine zu einem Konzern sich zusammenschließen haben und die „Wahlstaten“ dieser neuen Großkampfgesellschaft am eigenen Leibe bald verspüren werden.

Der Minister will bauen! Und wie bestellt, Erwerben die Schlänen und pflügen das Feld. Die Presse, sie keitern sprunghaft empor, Was kümmert die Not sie, die sonst sich verlor.

Ab der schöne Pao anklopfte — es wurde ihm nicht aufgegeben. Selbst gegen ihren Willen vermochte er daher die Döckenhornet nicht glücklich zu machen. Inzwischen: das Wasser stieg diesem Mann immer höher — es stand ihm nachgerade schon am Kinn.

Matthias Sebebus, der Wandersmann

Roman von Ottomar Faling.

(21. Fortsetzung! Nachdruck verboten.)

Ja, da mochte der schöne Pao schon recht haben: weitwichtig genug waren seine Pläne, aber die Döckenhornet fanden sie auch recht weitwichtig, und als die Angelegenheit vor die Stadtverordneten kam — der schöne Pao hatte seine Freunde im Kollegium, und die meinten, man könne eine Anleihe aufnehmen, um dem Vordirektor die nötige Summe zur Verfügung zu stellen — da schüttelten die älteren Gemeindeväter doch sehr ernsthaft den Kopf, und der Magistrat war ein recht nicht genügt.

Aus der Wirtschaft

Der Reichswirtschaftsrat.

Die Reichsregierung hat am Donnerstag den Entwurf eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat veröffentlicht. Allerdings hat die Regierung im jetzt bekanntgegebenen Entwurf die vor Wochen vorgelegene Zahl der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats erhöht.

Völlig neu im Entwurf ist der Ermittlungsausschuß. Er kann von Zeit zu Zeit gebildet werden, um strittige Fragen in der Wirtschaft zu klären. Es ist sogar statthaft, daß mehrere Ermittlungsausschüsse (Enqueten) nebeneinander tagen. Für die Bestellung der Mitglieder dieser Ausschüsse sind die Abteilungen der Arbeitgeber (Abteilung 1), Arbeitnehmer (Abteilung 2) und der Verbraucher, freien Berufe usw. (Abteilung 3) und die Regierung zuständig.

Der von der Regierung vorgelegte Entwurf sieht die Einrichtung von Bezirkswirtschaftsräten nicht vor. Damit wird eine wesentliche Forderung des Artikels 165 der Reichsverfassung nicht erfüllt.

Man ist also über eine alte Forderung der Arbeiterschaft hinweggegangen, indem man in dem Entwurf von der Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte abließ.

Gegen diesen Vorschlag haben sich alle in Frage kommenden Teile der Wirtschaft gewandt, insbesondere aber die Gewerkschaften, und zwar aus guten Gründen. Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Entscheidungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen liegt eben in den bestehenden Berufs-kammern (Handelskammer, Landwirtschaftskammer usw.).

Wie wichtig diese Überlegungen sind, zeigt eine Auslassung der „Deutschen Vergewerks-Zeitung“, für die an sich der ganze Reichswirtschaftsrat ein „Näsestumpf“ ist.

Aus dem ganzen Entwurf spricht die Tatsache, daß man zunächst auf eine Umänderung bestehender Wirtschafts-körperschaften wie der Handelskammern hinauswill. Lediglich aus politischen Gründen erstrebt man eine partiitische Zusammenziehung. Ohne den geringsten Grund!

Dazu ist zu sagen, daß die Gewerkschaften schon wissen, was sie tun, wenn sie gegen die Schaffung von reinen Arbeitnehmer-Kammern Stellung nehmen. Sie können dem großen Gedanken der Demokratisierung durch solche in der Luft schwebenden Gebilde nicht dienen, sondern müssen auf einer partiitischen Vertretung in den Wirtschaftskammern bestehen.

„Ja, tut Du es, Mutter? Dann bist Du mich ja für immer los. Ob Du mir das Geld jetzt gibst oder später, aber ob ich es erst überhaupt — ganz nachher bekomme, das kann Dir einerlei sein.“

„Die erfährt ja so vieles nicht. Warum gerade das?“ Eine wurde dringender. „Wenn Du an meinem Glücke was liegt —“ „Denkst Du nicht, Kind? Hab ich das noch nicht bewiesen?“

„Ja, aber alles nicht nichts, wenn Du jetzt nein sagst.“ Eine fing an zu weinen. „Dann wäre es besser gewesen, Du hättest von Anfang an keinen Fernruf gegeben. Damals hätte ich mich schon darin gefunden, daß ich alte Jungfer wurde. Da kam die Hoffnung, Du selber triebst mich. Wenn ich jetzt hier sitzenbleiben soll, daß Du die Schuld.“

„Was geht den das an?“ fragte eine mürrisch. „Ich kann mir nicht allem raten, Kind und er ist der einzige.“ „Du solltest lieber mit Gerri sprechen.“

„Rein, nein! Der hat so etwas... Ja werde ich leicht ichnoch. Laß mir Zeit, Bitte, bitte, Kind!“ Matthias tat einen entsetzten Spruch: „Hätten Sie die Hand über Ihr Vermögen, Frau Clasen!“

„Das geht den das an?“ fragte eine mürrisch. „Ich kann mir nicht allem raten, Kind und er ist der einzige.“

Bericht der Hamburger Needer.

Der Verein Hamburger Needer gibt in seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1926 an, daß sich der Schiffbau seiner Mitglieder insgesamt auf 141653 Bauwertleistungen ausgezeichnet hat. Er weist ungefähr 48 Prozent des Bauwerts des Jahres 1926 auf den Schiffbau an. Unter dem Schiffbau befinden sich 35 Dampfer (1190 191 Bauwertleistungen), 35 Motorschiffe (151246 Bauwertleistungen), 15 Segler (27477 Bauwertleistungen), 51 Schleppboote (10688 Bauwertleistungen) und 69 Schlepper (21331 Bauwertleistungen).

Ueber die wirtschaftliche Lage wird mitgeteilt, daß der zunehmende Umfang des Welthandels zu einem gewissen Optimismus auf weite Sicht berechtigt. Für die Gegenwart und die nahe Zukunft wird der Geschäftsbetrieb allerdings erheblich erschwert durch die unermesslich lange Dauer des englischen Kohlenpreises, der eine klare Diskontinuität für die meisten Betriebe darstellt. Die Lage wird im großen und ganzen gekennzeichnet durch das Fortschreiten des Weltkriegs mit seinen Folgen für den Rohstoffmarkt und die Verteilung der Arbeitskräfte.

Der Bericht über den einzelnen Verkehrsgebiete wird folgendermaßen zusammengefaßt: Im Personenverkehr mit den Fernverkehrslinien besteht die Schwerpunktsetzung auf den Fernverkehr. Die Verkehrsleistungen im Personenverkehr sind im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 100 Prozent gestiegen. Die im Fernverkehr erzielte Leistung ist im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 100 Prozent gestiegen. Die im Fernverkehr erzielte Leistung ist im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 100 Prozent gestiegen.

Der Bericht über den Güterverkehr mit dem Fernverkehr ist im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 100 Prozent gestiegen. Die im Fernverkehr erzielte Leistung ist im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 100 Prozent gestiegen. Die im Fernverkehr erzielte Leistung ist im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 100 Prozent gestiegen.

Der Bericht über den Güterverkehr mit dem Fernverkehr ist im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 100 Prozent gestiegen. Die im Fernverkehr erzielte Leistung ist im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 100 Prozent gestiegen. Die im Fernverkehr erzielte Leistung ist im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 100 Prozent gestiegen.

Ergebnisse.

Die deutsche Aufschwungbewegung hat im Monat Oktober eine beachtliche Steigerung erfahren. Der Reichsverband der Eisen- und Stahlindustrieller gibt eine Erzeugung in Höhe von 117434 Tonnen an. Er hat im September 1926 nur 114323 Tonnen und im Oktober 1925 nur 105639 Tonnen. Die Aufschwungbewegung, die im Oktober 1926 nur 105639 Tonnen betrug, ist im September 1926 um 4344 Tonne gestiegen, im Oktober 1925 um 46163 Tonne gestiegen. Der Gesamtbestand der Erzeugung ist im Oktober 1926 um 105639 Tonne gestiegen, im September 1926 um 105639 Tonne gestiegen, im Oktober 1925 um 105639 Tonne gestiegen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung Das Ruhrgebiet.

Der Entwurf eines Arbeitsgesetzes zur Verlängerung der Arbeitszeit, das die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben, ist von der Reichsregierung als „Reichsgesetz“ durch den Reichstag angenommen worden. Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben.

Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben. Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben.

Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben. Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben.

Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben. Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben.

Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben. Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben.

Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben. Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben.

Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben. Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben.

Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben. Die Reichsregierung hat sich für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen, wobei sie die Gewerkschaften als Grundgesetz für die Festsetzung der Normen des Reichstages angesehen haben.

Der Reichsarbeitsminister bestimmt, für welche Gewerbe- und Handwerksbetriebe diese Beschränkung Platz greift.

§ 9 enthält folgende Fassung: Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der in den vorangehenden Paragraphen zulässigen Ausnahmen einschließlich der Arbeitsbereitschaft 10 Stunden täglich nicht überschreiten. Die fünfzigsten gesetzlichen Vorschriften über den Schutz der Arbeitnehmer, insbesondere der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, bleiben unberührt.

§ 10 enthält folgende Fassung: Die Arbeitszeit während der Schwangerschaft und der Stillzeit von einer der Grenze des § 1 Satz 2 überschreitende Arbeit zu befreien.

§ 11 Absatz 3 lautet in demselben Sinne (d. h. Befreiung der Frauen während der Schwangerschaft und Stillzeit von einer der Grenze des § 1 Satz 2 überschreitende Arbeit zu befreien).

§ 12 enthält folgende Fassung: Festsetzungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die eine längere als nach diesem Gesetz zulässige Arbeitszeit vorsehen, gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als aufgehoben.

§ 13 lautet in demselben Sinne (d. h. Befreiung des Rechtes der Arbeitgeber, die Arbeitszeit der Arbeiter in Betrieben und Verwaltungen des Reiches, der Länder und Gemeinden auf Arbeiter und Angestellte zu übertragen).

§ 15 Absatz 1 enthält folgende Fassung: Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erläßt der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Artikel 3 und Artikel 7 Absatz 3 der Demobilisierungsgesetzgebung über die Arbeitszeit vom 23. November 1918 kommen in demselben Sinne.

Landarbeitern in Ostpreußen

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

Die Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben. Der erste Versuch war jedoch ein Erfolg. Der Ostpreußen sind keine Feinde der Deutschen Landarbeiterschaft mit einer großen Ausnahme, zu der auch die Arbeiter und Arbeiterinnen gehören, die die Ostpreußen nicht getrieben.

laner hinsichtlich der Preisbildung vorhanden sein. Wenn sich das Ausland trotzdem zum größeren Bezug entschließen hat, spricht das sicherlich für die Leistungsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus.

Der Direktor der Hanomag wird zum größten Teil in Hiesigkeit hergestellt, wie ja an und für sich die Hanomagische Firma vorbildlich auf diesem Gebiet gewirkt hat. Dabei haben sich, wie uns von informierter Seite berichtet wird, wichtige Ueberlegungen ergeben, die durchaus geeignet sind, den gegenwärtig von den Kommunisten betriebenen unfruchtlichen Propagandafeldzug gegen die Nationalisierung zu kennzeichnen. Die Hanomag beschäftigt vor der Umstellung rund 2500 Personen. Jetzt sind ungefähr 5500 Personen beschäftigt. Die durch die technische Umstellung erzielte Möglichkeit der Mehrproduktion, des Mehrabjahres hat sich also für den Arbeitsmarkt günstig ausgewirkt. Von besonderem Interesse dürfte sein, daß sich bei der Hanomag gerade die Zahl der sogenannten Qualitätsarbeiter, Werkzeugarbeiter usw. stark vermehrt hat, und zwar beträgt die prozentuale Zunahme der Werkzeugmacher usw. mehr als die Zunahme der ganzen Belegschaft.

Konferenz der Straßenwärtter

Eine Konferenz der Straßenwärtter, bei der über 300 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands erschienen waren, tagte am letzten Sonnabend und Sonntag in Braunschweig. Die Zentrale Braunschweig umfaßt heute 1020 Mitglieder; dabei sind in Braunschweig bereits 95 Prozent der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert. Der fachlichen Weiterbildung dienen zwei Referate von Baurat Schütte über „Die Erfahrungen mit neugebauten Jahrbahnbefestigungen (unter Berücksichtigung der Automobilverkehrstrasse des Deutschen Straßenbauverbandes)“ und des Gartenbauinspektors Ziegler über „Die Pflege der Gehsteige an den Landstraßen“. Ueber „Betriebsrat- und Unfallversicherungsfragen“ sprach Beck und über den „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer der öffentlich-rechtlichen Verwaltungen“ Dittmar (Berlin).

Die Reichsregierung (Hanomag) in seinem Referat über „Lohn- und Tarifpolitik und Ruhegehalt“ hervorhob, bestehen völlig unbedingte unterschiedliche Löhne. Die höchsten Löhne hat Kiel, sonst überall sind die Löhne der Landstraßenwärtter in ganz Deutschland ungenügend. Wo Ruhegehalt gewährt wird, sind die Sätze sehr bescheiden. Nimmt man die Invalidentaxe hinzu, so kommt man auf ungefähr 60 Prozent des Lohnes; diese Sätze werden aber vielfach nicht erreicht.

Von den 50 000 Straßenwärttern sind jetzt 9000 in Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisiert. Die Konferenz forderte in einer Reihe von Entschlüssen vor allem ausreichenden Tariflohn, Bezahlung der Wochenfeiertage, Durchführung des Vierteltagesurlaubes, Zahlung des Lohnes bei Erkrankung, ausreichenden Erholungsurlaub und Schaffung einer ausreichenden Ruhegehalt- und Hinterbliebenenversorgung.

Keine Anerkennung der Gelben. Das Wolff-Bureau teilt mit: In einem Teil der Tagespresse ist auf eine Allgemeinverbindlichkeitsklärung eines Tarifvertrages, die eine Ausnahme für Sonderarbeitsverträge enthält, hingewiesen, und darum die Beachtung gefordert worden. Die Reichsarbeitsverwaltung habe hiermit im Gegensatz zu ihrer bisherigen Stellung die wirtschaftsrechtlichen Verhältnisse als tariffähig anerkannt. Diese Auffassung entspricht, wie der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung mitteilt, nicht den Tatsachen. Ausnahmen für Sonderarbeitsverträge sind auch früher wiederholt gemacht worden. Sie beziehen sich aber nur auf Tarifverträge im Sinne der Tarifvertragsordnung, d. h. auf Verträge, die von tariffähigen Vereinigungen abgeschlossen sind. Als tariffähig können aber die wirtschaftsrechtlichen Verhältnisse nicht angesehen werden.

Die Bekleidungsfrage. Zur Beilegung des Lohnkonflikts in den Betrieben des Grazer Textilbezirks finden nunmehr Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt. Die Arbeitgeber fordern es nicht für nötig, erst den Ausgang dieser Verhandlungen abzuwarten, sondern haben ihre Drohung, sie würden die Arbeiter des Grazer Textilbezirks ausserplan, wenn in den Betrieben der Firmen Engländer, Schulerfer und Repler die Arbeit nicht wieder aufgenommen werde, bereits wahr gemacht.

Kleine Chronik

Stad im Unglück. Eine kleine Vergeßlichkeit ist dem Inhaber eines Pelzwaren-geschäfts in Berlin sehr zuwider gekommen. Am Sonnabendabend bei Geschäftsschluss lag er im Kontor einen wichtigen Brief liegen, den er am nächsten Tage unbedingt brauchte. So war er gezwungen, mittags das Geschäft aufzusuchen, und entsetzte sich, daß in der Nacht Einbrecher dagewesen waren. Sie hatten mit Handschellen und Stemmzangen gearbeitet und für 40 000 Mark Pelzwaren in Säckchen gepackt. Nur einen kleinen Rest hatten sie gleich mitgenommen, die großen Rollen Säckchen aber noch liegen lassen, um nicht zur Nachtzeit beim Abtransport mit ihnen aufzuhalten. Sie wurden jedes Säckchen vermerkt und schlossen deshalb die meisten herbeigelegte Perle mit der größten Vorsicht erst am nächsten Morgen weg, vor den Augen der Hausbewohner und sogar der Angestellten der betroffenen Geschäfte, die sie für Arbeiter anderer Betriebe hielten. Um die Verbrecher zu fassen, legten sich Kriminalbeamte des zuständigen Reviers und ein Bewohner des Hauses in der Nacht zum Montag auf die Suche. Als sich in den Morgenstunden die Straße zu beleben begann, erschien ein Mann in der Tracht eines Hausdieners, trat, als ob er auf das Grundstück gehöre, und berichtete, die Tür zu dem Pelzgeschäft aufgeschloßen zu haben. Er wurde ergriffen und als ein 44 Jahre alter Mann festgenommen, der den Konfessionswechsel gewerbetätig gemacht. Von ihm, das auf dem Spritzenstuhl hielt, ohne Zweifel mit dem Konfessionswechsel, sehr rasch davon, als der „Hausdiener“ mit dem Pelzladen ausstieg. Die Kriminalpolizei aber mußte schon, um wenn kein Zusammenstoß arbeitete. Sie hatte ihn und seine Kollegen schon länger beobachtet, für aber noch nicht überführen können. Die beiden Helfer des Einbrechers, ein 56 Jahre alter Max Schmidt, mit dem Spitznamen „Müllersmann“, und ein 32 Jahre alter Walter Trütz, wurden erwischt und ebenfalls festgenommen. Alle drei klagten den Einbruch, wurden aber von verschiedenen Zeugen wiedererkannt als die Männer, die sich ver-dächtig in der Gegend aufgehalten haben. Lament behauptet, er habe keine Perle haben, sondern nur eine Gelegenheit zum Einbruch „auszubekommen“ wollen. In diesem Punkte habe er sich in den frühen Morgenstunden bereits auf zehn Grundstücken der Gegend umgesehen gehabt. Alle drei wurden dem Untersuchungs-gang vorgeführt.

Die Tugend der Kriegsbekämpfung. Vor dem Schwenken in Tessa hat sich der Kriegsbekämpfungsdirektor Paul Gottschalk aus Gera-gerade wegen vertriebenen Reiches zu vernehmen. Gottschalk, der im Krieg einen Arm verloren hat und dem durch diese Verletzung sein Berufsleben geendet war, hatte am 2. Oktober 1926 mit dem Reichsbekämpfungsdirektor Heineke geschlossen, ihm einen schmerzhaften Beinbruch zuzufügen, und es ist nur ein glücklicher Zufall zu erwähnen, daß Gottschalk mit dem linken Bein verunglückte. In der Sache hat bereits einmal, am 14. Juni, Kamin bei dem Schwenken in Tessa ergriffen. Der Schwenken in Tessa wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis.

Die Tugend der Kriegsbekämpfung. Vor dem Schwenken in Tessa hat sich der Kriegsbekämpfungsdirektor Paul Gottschalk aus Gera-gerade wegen vertriebenen Reiches zu vernehmen. Gottschalk, der im Krieg einen Arm verloren hat und dem durch diese Verletzung sein Berufsleben geendet war, hatte am 2. Oktober 1926 mit dem Reichsbekämpfungsdirektor Heineke geschlossen, ihm einen schmerzhaften Beinbruch zuzufügen, und es ist nur ein glücklicher Zufall zu erwähnen, daß Gottschalk mit dem linken Bein verunglückte. In der Sache hat bereits einmal, am 14. Juni, Kamin bei dem Schwenken in Tessa ergriffen. Der Schwenken in Tessa wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis.

Die Tugend der Kriegsbekämpfung. Vor dem Schwenken in Tessa hat sich der Kriegsbekämpfungsdirektor Paul Gottschalk aus Gera-gerade wegen vertriebenen Reiches zu vernehmen. Gottschalk, der im Krieg einen Arm verloren hat und dem durch diese Verletzung sein Berufsleben geendet war, hatte am 2. Oktober 1926 mit dem Reichsbekämpfungsdirektor Heineke geschlossen, ihm einen schmerzhaften Beinbruch zuzufügen, und es ist nur ein glücklicher Zufall zu erwähnen, daß Gottschalk mit dem linken Bein verunglückte. In der Sache hat bereits einmal, am 14. Juni, Kamin bei dem Schwenken in Tessa ergriffen. Der Schwenken in Tessa wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis.

Die Tugend der Kriegsbekämpfung. Vor dem Schwenken in Tessa hat sich der Kriegsbekämpfungsdirektor Paul Gottschalk aus Gera-gerade wegen vertriebenen Reiches zu vernehmen. Gottschalk, der im Krieg einen Arm verloren hat und dem durch diese Verletzung sein Berufsleben geendet war, hatte am 2. Oktober 1926 mit dem Reichsbekämpfungsdirektor Heineke geschlossen, ihm einen schmerzhaften Beinbruch zuzufügen, und es ist nur ein glücklicher Zufall zu erwähnen, daß Gottschalk mit dem linken Bein verunglückte. In der Sache hat bereits einmal, am 14. Juni, Kamin bei dem Schwenken in Tessa ergriffen. Der Schwenken in Tessa wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis.

Die Tugend der Kriegsbekämpfung. Vor dem Schwenken in Tessa hat sich der Kriegsbekämpfungsdirektor Paul Gottschalk aus Gera-gerade wegen vertriebenen Reiches zu vernehmen. Gottschalk, der im Krieg einen Arm verloren hat und dem durch diese Verletzung sein Berufsleben geendet war, hatte am 2. Oktober 1926 mit dem Reichsbekämpfungsdirektor Heineke geschlossen, ihm einen schmerzhaften Beinbruch zuzufügen, und es ist nur ein glücklicher Zufall zu erwähnen, daß Gottschalk mit dem linken Bein verunglückte. In der Sache hat bereits einmal, am 14. Juni, Kamin bei dem Schwenken in Tessa ergriffen. Der Schwenken in Tessa wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis.

Die Tugend der Kriegsbekämpfung. Vor dem Schwenken in Tessa hat sich der Kriegsbekämpfungsdirektor Paul Gottschalk aus Gera-gerade wegen vertriebenen Reiches zu vernehmen. Gottschalk, der im Krieg einen Arm verloren hat und dem durch diese Verletzung sein Berufsleben geendet war, hatte am 2. Oktober 1926 mit dem Reichsbekämpfungsdirektor Heineke geschlossen, ihm einen schmerzhaften Beinbruch zuzufügen, und es ist nur ein glücklicher Zufall zu erwähnen, daß Gottschalk mit dem linken Bein verunglückte. In der Sache hat bereits einmal, am 14. Juni, Kamin bei dem Schwenken in Tessa ergriffen. Der Schwenken in Tessa wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis.

Die Tugend der Kriegsbekämpfung. Vor dem Schwenken in Tessa hat sich der Kriegsbekämpfungsdirektor Paul Gottschalk aus Gera-gerade wegen vertriebenen Reiches zu vernehmen. Gottschalk, der im Krieg einen Arm verloren hat und dem durch diese Verletzung sein Berufsleben geendet war, hatte am 2. Oktober 1926 mit dem Reichsbekämpfungsdirektor Heineke geschlossen, ihm einen schmerzhaften Beinbruch zuzufügen, und es ist nur ein glücklicher Zufall zu erwähnen, daß Gottschalk mit dem linken Bein verunglückte. In der Sache hat bereits einmal, am 14. Juni, Kamin bei dem Schwenken in Tessa ergriffen. Der Schwenken in Tessa wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis.

Die Tugend der Kriegsbekämpfung. Vor dem Schwenken in Tessa hat sich der Kriegsbekämpfungsdirektor Paul Gottschalk aus Gera-gerade wegen vertriebenen Reiches zu vernehmen. Gottschalk, der im Krieg einen Arm verloren hat und dem durch diese Verletzung sein Berufsleben geendet war, hatte am 2. Oktober 1926 mit dem Reichsbekämpfungsdirektor Heineke geschlossen, ihm einen schmerzhaften Beinbruch zuzufügen, und es ist nur ein glücklicher Zufall zu erwähnen, daß Gottschalk mit dem linken Bein verunglückte. In der Sache hat bereits einmal, am 14. Juni, Kamin bei dem Schwenken in Tessa ergriffen. Der Schwenken in Tessa wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis, Kamin wurde wegen vertriebenen Reiches 7 Jahre Gefängnis.

Magdeburger Angelegenheiten

Magdeburg, den 26. November 1926.

In Erwartung des Winters

Vor einigen Tagen noch heulte der Herbststurm durchs Land, segte Fluren und Felder rein, piff und johlte um das Häusermeer der Großstadt den Bäumen rief er erbarmungslos die letzten Blätter vom Stamme, segte sie in den Straßenecken zusammen und wühlte sich dann in die Wolken hinaus.

Eine Schar fröhlicher Kinder sammelte das letzte Laub in großen Säcken und brachte es stolz dem Vater. Es soll im Garten verwendet werden, als Streu für den Kaninchenstall oder zum Zudecken der Wägen.

Die letzte Vortarbeit für den Winter Schlaf ist in den Schrebergärten beendet worden. Der Brunnen ist mit Stroh und Sadfläden dick umwickelt. Es sieht aus, als ob er sich in den regnerischen Tagen einen argen Schnupfen geholt hat. Die letzten Äpfeln haben vom ersten Frost einen garstigen Rasenüber bekommen. Im Holunderbüsch, wo im Sommer die Nachtigall kräftig ihr Liebeslied sang, sitzt jetzt Herr Spatz und betrachtet respektvoll den Haufen Pferdegedung, den der Jüngste des Schrebergärtners gesammelt hat.

Draußen im Feld ist des Landmanns Arbeit beendet. Die Schollen sind umgepflügt, der Ackerrost ist ausgekreut, das Vert ist abgeschlossen. Nun mag Mutter Natur über des Herbstes Schweden weinen soviel sie will. Die braunen Schollen nehmen ihre Tränen auf, trösten die Mutter und versprechen, daß aus den Tränen im Frühjahr wieder Freude erwachsen soll.

Scharen krächzender Raben schwärmen über die Fluren. Es sind Vorboten des Winters. Erwarten sie ungeduldig den Schnee, damit sich ihr pechschwarzes, glänzendes Kleid besser vom weißen Grund abhebe? Oder sind es nur die Kenschlein, die darauf bedacht sind, ihren Schmutz und ihr Kleid möglichst prägnant zu präsentieren?

In der Stadt sieht man Menschen mit dicken Mänteln und Pelzen einherzuspazieren. In den Schaufenstern sind prächtige Winterpfeifen und woflige, warme Winterjacken ausgestellt. In den Gassen aber klirren auf dem Pflaster die Holzspantöffel der Arbeiterkinder. Es klingt, als ob sie immerfort auf Eischollen treten.

In der Manfarde des alten verhußelten Häuschens schmacht die Petroleumlampe und in der Dunkelheit kommt der Vater nach Hause. Die dicke Falle auf der Stirn, die sich den ganzen Sommer über zeigte, ist verschwunden, denn er hat Arbeit bekommen. Kinder, nun soll uns ein prächtiges Christfest werden! Ihr sollt zu Weihnachten alle warme Sachen bekommen.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund

Ortsausschuß Magdeburg.

Eine Delegierten-Versammlung tagte am 21. November der Vorkriegszeit. Der Vorsitzende, Genosse Klinge, gedachte eingangs der Verhandlungen des leider allzu früh verstorbenen Genossen Robert Dismann. Unter „Mittelungen“ bewies der Vorsitzende auf ein Schreiben des Vereins für Frieden, der um Unterstützung seiner Bestrebungen ersucht; er sei der Verein auch bereit, in den Gewerkschaften Vorträge mit Lichtbildern zu halten.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung hielt Bibliothekar Genosse Reimert, einen Vortrag über „Arbeiter-Zentralbibliotheken“. Er führte u. a. aus, daß die primitiven Anfänge der Arbeiter-Bibliothek über 40 Jahre zurückliegen. Eine der ältesten Bibliotheken sei die des Gewerkschaftlichen Fortbildungsvereins in Leipzig gewesen, deren Förderung in den 60er Jahren sich besonders der junge August Bebel angelegen sein ließ. Das Sozialengesetz gestörte alle Arbeiter-Bibliotheken, so daß nach dem Falle dieses Gesetzes wieder von neuem an den Aufbau herangegangen werden mußte. Nach und nach setzte sich der Gedanke durch, daß die Zentralbibliothek die zweckmäßigste Form für die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterenschaft sei. Die Errichtung der Zentralbibliothek in Magdeburg erfolgte am 1. Oktober 1911 mit rund 9000 Bänden. Krieg und Inflation machten dann dem weiteren Ausbau der Bibliothek ein Ende, erst im April 1924 zeigt sich eine kleine Besserung. Jetzt die Hälfte familiärer Arbeiter-Bibliotheken Deutschlands liegt leider heute infolge des Krieges und seiner Folgen noch brach.

Die Bücherausleihe beträgt in unserer Bibliothek jährlich 51 000; rund 60 Prozent der entliehenen Bücher sind unterhaltungs- und 40 Prozent wissenschaftlichen Charakters. Die Unterhaltungsliteratur wird vorzugsweise von den Frauen entnommen. Erwerbshilfen sind von der Zahlung der allerdings minimalen Leihgebühren entbunden. Zum Schluß bedauert Genosse Reimert, daß wir während des Krieges das früher der Bibliothek angefallene Leihgeld nicht abgeben mußten, das jetzt ein matter Segen für unsern kleinen Arbeiterverein sein würde.

Die Abrechnung vom 3. Quartal weist eine Gesamtsumme von 675,22 Mark, eine Gesamtansgabe von 674,55 Mark, somit einen Bestand von 41,57 Mark auf. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß es wohl auf die Dauer unmöglich sein würde, mit dem jetzigen Betrage auszukommen.

Unter „Persönliches“ wird eine Entscheidung des Ortsausschusses verhandelt, welche die Abschaffung resp. Einschränkung der sogenannten Doppelbesoldung fordert. Der Vorsitzende meint, daß diese Frage nicht so ohne weiteres zu beantworten sei; die höchsten Löhne des Mannes zwingen oft die Frau zur Arbeit. Die letztere immer mehr anwachsenden Lebensverhältnisse und viel mehr. Aus Delegiertenkreisen wurde auf das Vorhandensein der abgehenden und pensionierten Beamten hingewiesen, die oft unter Last befristet werden, ebenso darauf, daß leider auch bei Staat und Kommunen viele Bediensteten geleistet werden. Beschlossen wurde, in nächster Zeit eine Lebensversicherungsanstalt in allen Gewerkschaften Magdeburgs aufzunehmen. Die Vorarbeiten hierzu wurden dem Vorstand des Ortsausschusses übertragen.

Schule und Wirtschaft

Im Rahmen der Erziehungs- und Anstaltswochen der Sudauer Versuchsschule sprach der Schulleiter, Rektor Körschke, über das Thema: Schule und Wirtschaft. Die Ansichten über die Beziehungen von Schule und Wirtschaft lassen sich in drei Richtungen zusammenfassen. Die erste möchte die Schule in ihrer ursprünglichen Stellung erhalten. Sie hängt vor jedem Aufstieg aus ihrer Welt der Wirtschaft, weil sie fürchtet, daß bei der gegenwärtigen Verschmelzung beider Faktoren eine Verwirrung der Schul- und Wirtschaft entstehen könnte. Die zweite hält die Schule für eine veränderte Einrichtung, die bei dem gegenwärtigen geschichtlichen Zustand des wirtschaftlich-jugendlichen Lebens ihre Aufgabenverteilung weichen hat. Sie möchte die Schule in ihrer heutigen Form belassen und die Kinder arbeitend und lernend am Produktions- und Wirtschaftsgeschehen teilnehmen lassen. Die dritte hält die Schule für eine veränderte Einrichtung, die von der Arbeiterschaft ausgeht, daß es zum Aufbau der Gesellschaft nötig sei, daß die Schule ein Wirtschaft und die Wirtschaft ein Schul-Charakter erhalte.

Das Schullandheim

Obwohl es heute bereits über hundert Schullandheime in Deutschland gibt, dürften doch die wenigsten, die das Wort hören, einen klaren Begriff damit verbinden. Es lohnt sich deshalb vielleicht, ein wenig darauf einzugehen, was es damit auf sich hat: Jeder Teil des Wortes will in gleicher Weise zu seinem Rechte kommen: „Schule“, „Land“ und „Heim“, die Schule als die Einrichtung, die den Menschen bei dem Unterricht erzieht, das Land im Gegensatz zur Stadt als die Stätte, wo diese Erziehung stattfindet, und das Heim im Sinne eines ganz bestimmten Gefühlswertes zur Kennzeichnung des „Wie“ dieser Erziehung.

Jede Zeit hat ihre Schule hervorgebracht mit nur ihr gemäßen Zielen, Wegen, Inhalten und Formen. Jede Zeit hat immer nur Stücker leisten können, und so wird es wohl bleiben. Wenn nun die heutige Schule es als eins ihrer wesentlichsten Ziele betrachtet, den jungen Menschen dahin zu bringen, daß er sich — dienend oder führend — immer als verantwortliches Mitglied einer großen Gemeinschaft fühlt, so steht dem die Tatsache gegenüber, daß diese Arbeit von der Schule nicht zu leisten ist bei einem



Schullandheim der Realschule und Deutschen Oberschule.

täglichen Unterricht von etwa 5 Stunden. Auch nicht zu leisten ist von der Familie, die vielfach nur sehr andeutungsweise noch eine Gemeinschaft darstellt, insofern als ein Gemeinsein höchst selten noch wirklich vorliegt.

Darum sind immer wieder Versuche unternommen, die jungen Menschen zu erziehen

Zusammenleben mit ihren Erziehern

in besonderen Siedlungen unterzubringen. Die Berechtigung des Einwandes, Erzieher hätten wohl den guten Willen, aber nicht immer auch die Eignung, wird niemand bestreiten wollen. Aber das jahrelange Festhalten der aus diesen Gedanken erwachsenen Pädagogiktheorien — die, Hygiene — und vor allem die Ergebnisse ihrer Erziehung zeigen doch, daß der Weg mit Erfolg beschritten werden kann. Zu einer allgemeinen Durchführung fehlen allerdings wohl die Mittel, das Interesse und wohl auch der gute Wille der Erziehungsberechtigten, die, auch wenn sie in Wirklichkeit heute ausgeschaltet oder unfähig sind, doch nicht auf ihre Einwirkung glauben verzichten zu dürfen.

Wenn aber das Ideal einer Gemeinschaftserziehung in noch so bescheidenem Ausmaße verwirklicht werden kann, dann hat Schule und Elternschaft die Pflicht, an dieser Verwirklichung mitzuarbeiten. Nun hat die Jugendbewegung — etwa der Wandervogel — aus sich heraus Gemeinschaften geschaffen, an die die Erzieher anknüpfen könnten. Das Zusammenleben im „Reise“, in der „Reise“, in der die Jugend der Vorkriegszeit vom Sonnabend

zum Sonntag ihr Jugenderlebnis hatte, das Zusammenleben auf Fahrten im weiten Lande mit ihrem Drum und Dran, das der Spießer mit Lächeln, Haß oder Verachtung abzuwehren versuchte, haben die Jugend irgendwie von Grund aus verändert und sie für das ihr selbst nur unklar bemusste Gemeinschaftserlebnis bereit gemacht in einer Weise, die weder aus der Schule noch aus der Familie heraus möglich gewesen wäre.

Der Wunsch der Schule, die Lehrer in derartige Gemeinschaften mit einzubeziehen, hat nun auch im öffentlichen Schulwesen seit einer Reihe von Jahren zu Versuchen verschiedenster Art geführt, wie etwa Gesamtunterricht, Klassengemeinde, Schullandheime sie darstellen. Den zeitlich letzten jetzt in breiter Front aufgenommenen Versuch stellt nun die Landheimbewegung dar.

Die Landheime sind Unterrichtsräume in ländlicher Umgebung, in denen größere Gruppen von Schülern, meist ein bis zwei Klassen mit den Lehrern regelmäßig längere Zeit zusammen leben. Dabei müssen die Schüler ihre Wohn- und Schlafräume selber in Ordnung halten, bei aller Hausarbeit, zum Beispiel bei der Vorbereitung der Mahlzeiten, mithelfen. Wo Gartenland zur Verfügung steht, werden sie mitgeholfen zu bestellen, zu pflegen und natürlich zu ernten, so daß sie alle die Arbeit, die im Elternhaus in der Zeit geleistet wird, wo sie sonst in der Schule sitzen, auch kennen lernen und sie selbst tun müssen. Daß bei der gemeinsamen Verpflegung keine Ledermäuler erzogen werden, dabei aber auf gesunde, nahrhafte Kost das größte Gewicht gelegt wird, versteht sich von selbst.

Wird so das äußere Leben des jungen Menschen von Grund aus anders eingestellt als in der Stadt und im Elternhaus, so sieht auch der Unterricht natürlich ganz anders aus. Hier knüpft er in allen Fächern an das unmittelbar Gegebene an und kann das sehr leicht, da alle Dinge und Verhältnisse, in die die Landheimfamilie hineinversetzt wird, neu und völlig verschieden von dem Gewohnten und Bekannten sind. Dabei kommt als besonders bemerkenswert noch hinzu, daß aller

Unterricht grundsätzlich im Freien

stattfindet, soweit es der Stoff zuläßt, und daß man lieber ein Fach zu kurz kommen läßt, als daß man auf die frische Luft verzichtet.

Einen breiten Raum aber nimmt während des Landheimaufenthalts das ein, was an Erziehung geleistet werden kann außerhalb des eigentlichen Unterrichts. Denn das ständige Zusammenleben von Schülern und Lehrern schafft ja fortgesetzt Berührung- und Reibungsflächen, bei denen jederzeit Ecken abgerieben, Formen geglättet und berichtigt werden; und so manches, was sonst erst im späteren Leben, oft erst unter recht großen Schmerzen erlernt wird, wird hier schon in kleinem Kreise gelindert und rechtzeitig erreicht. Daß bei alledem das Erlebnis einer andern Landschaft, die Bindung an einen andern Boden ein ganz andres Verhältnis zur Heimat schafft, ist ein weiterer Vorteil.

Diese wenigen Andeutungen zeigen, daß etwas ganz Neues am Werk ist. Deshalb ist es auch mit Freude zu begrüßen, daß gerade in Magdeburg der Landheimgedanke festen Fuß gefaßt hat. Zu den bestehenden Landheimen kommt jetzt ein neues hinzu, und zwar hat die Realschule und die Deutsche Oberschule ein Landheim in Arendsee in der Altmark erworben und richten es jetzt ein. Es liegt außerhalb des Ortes in der Nähe der den Besuchern von Arendsee bekannten Klostermühle, hat einen Badeplatz und einen schönen Obst- und Gemüsegarten. Es sollen je 60 Schüler je 14 Tage dort Aufenthalt nehmen können. Die Mittel werden von einem Landheimverein E. S. aufgebracht, dem der bei weitem größte Teil der Elternschaft der Realschule und Deutschen Oberschule angehört. Auf diese Weise ist auch dafür gesorgt, daß die Aufwendungen im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitglieder bleiben, und daß die Elternschaft selber in jeder Weise Einfluß nehmen kann. Das neue Landheim wird Ostern 1927 eröffnet.

Nachdem der Redner die geschichtliche Entwicklung der ökonomischen und pädagogischen Arbeitsschulidee beleuchtet und die ökonomische Arbeitsschule des Russen Blonks besprochen hatte, ging er auf die besonders der Verhältnisse der Sudauer Versuchsschule ein. Sie geht in der Formgestaltung von Schule und Wirtschaft einen Mittelweg. Die Wirtschaft der Schule (Reinigungsarbeiten, Gartenbau, Werkstätten, Weberei, Kindergarten, Ferienkolonien, Milchhäusenbetrieb, Frauenhandarbeit) wird nicht nach dem Begriff der Arbeit liegenden inneren Gesetzmäßigkeit gestaltet — also wirtschaftlich —, sondern nach pädagogischen Interessen. Die Produktion von Gütern und der dadurch erzielte materielle Gewinn ist ein erfreuliches Nebenprodukt pädagogischer Arbeit. Nicht die Ware, sondern der Mensch ist die Hauptzweck.

Die Durchdringung der Schule mit der Wirtschaft ließ die oben erwähnten Teilgebiete mit selbständiger Leitung versehen. Eigentum, Rechnungen, Anstellung von Gehilfen, Kräfte, nötigen die Schulgemeinde, sich in das Vereinsregister eintragen zu lassen. Die Schulzeitung hält die Mitglieder über Plannamen, Arbeiten, Ergebnisse, Fortschritte und Erfolge dieses vielgestaltigen Organismus auf dem laufenden. Die Werkstattarbeit der Kinder wird im Sinne der Persönlichkeitsbildung und der Gesamtunterricht je nach der Struktur des Bildungsgutes im Sinne Ganztags oder Vertikal etwas erreicht. Anschließend gezeigte Lichtbilder veranschaulichten die weiterentwickelten Arbeitsgebiete und ergänzten wirkungsvoll den Vortrag.

Stadtrat Fredsdorf verläßt Magdeburg

Wie wir bereits vor einiger Zeit mitteilten, stand Stadtrat Dr. Fredsdorf in Tagen in Weiskalen für den Posten eines Bürgermeisters zur Wahl. Dort wurde sein bürgerlicher Gegenkandidat gewählt. Genosse Fredsdorf war außerdem für das Amt des Oberbürgermeisters in Brandenburg an der Havel von den dortigen Genossen vorgeschlagen.

Die Brandenburger Stadtverordneten-Versammlung wählte am Donnerstag zum Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg im ersten Wahlgang wurden abgegeben für Dr. Fredsdorf 16 Stimmen, für Dr. Peters (Dermold) 20 Stimmen, für den kommunistischen Stadtschulrat Bok (Berlin) 6 Stimmen. Im zweiten Wahlgang erhielt Dr. Fredsdorf 21 Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Peters (Dermold) erhielt 20 Stimmen der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft und die Stimme eines aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Stadtverordneten. Das von einem sozialdemokratischen Stadtverordneten gegebene 20. Stimmchen für den Sozialdemokraten Dr. Fredsdorf. Das Ergebnis wurde mit stürmischen Beifall der Partei und der Tribünen aufgenommen. Genosse Fredsdorf wird sein neues Amt Anfang Januar antreten.

Genosse Fredsdorf war am 10. Juni 1919 als junger Arbeiter in den Dienst der Stadt Magdeburg eingetreten. Neben der Wahrnehmung größerer Gebiete der Kandidatur wurde er im Arbeiteramt, Theater, Orchester, Friedhof, und Musiklehrer, im Personal-, Kanal-, Ausstellungs- und Demobilisierungsdienst sowie in der Hafen- und Industrie-Verwaltung beschäftigt. Nach wurde ihm der Bezirk im Kaufmanns- und Gewerbeamt übertragen. Am 1. April 1920 erfolgte seine Ernennung zum Magistratsrat. Die wichtigsten Beiräte der Gemeindefürsorge, Nachmittags-, Stadterweiterungs- und Siedlungsämter wurden ihm nun selbständig übertragen. Am

3. November 1921 wählte ihn die Stadtverordneten-Versammlung mit Wirkung vom 1. April 1922 zum befristeten Stadtrat. In seiner Eigenschaft als Stadtrat wurden ihm folgende Dezernate unterstellt: Hallenbau Land und Stadt (bezugslos) und als Vorsitzender des Aufsichtsrats, das städtische Liegenschaftsamt (Grundstücks-, Separations-, Acker-, Kleingarten-, Enteignungs- und Fluchtlinienfachen, Vermessungsamt), des weiteren die Sanpolizei und das Kunstdezernat (städtische Theater und Orchester und so weiter.)

Wissenschaftliche Funde beim Kanalbau

Das Museum für Natur- und Heimatkunde teilt uns mit: Schon die ersten Arbeiten am Mittellandkanal haben in der Magdeburger Gegend einige wichtige wissenschaftliche Ergebnisse gebracht.

In der Elbener Flur ist an der Bahnlinie Magdeburg-Bismarck die Stätte der alten Hildags- und Hildags-Burg angegraben, eines künstlichen Hügel, der aber beim Bahnbau seinerzeit zum größten Teil abgetragen ist. In dem kaum aus dem Gelände sich erhebenden Rest sind Knochen von Schwein und Rind in größerer Zahl ausgegraben. Ferner aber fanden sich eiserne Sporen, Lanzenspitze, Dolgen, und was das Wichtigste ist, Schweren, die sich nach den Verzerrungen als wendisch ausweisen. Das deutet darauf hin, daß die Burg ein wendischer Burgwall im Ueberflutungsgebiet der Elbe gewesen ist, in den sich die Ummöner bei Gefahr zurückziehen konnten. Später ist die Stätte wohl ausgebaut; darauf deuten Fingerringe, die sich in geringer Zahl finden.

Nicht älter ist im Ohreital aufwärts, außerhalb der Kanallinie, eine höher gelegene Fläche, die eine reiche Ausbeute an mittel-, am einer andern Stelle an jungsteinzeitlichen Geräten aller Art sowie auch jungsteinzeitliche Gefäße geliefert hat. Diese Funde sind dem Museum dankenswerterweise übergeben worden.

Auch der Fehler festgenommen

Nachdem die Magdeburger Kriminalpolizei vor 3 Tagen den Jassadenletterer Precht festgenommen hat, von dessen Serieneindrücken und Diebstählen vorgestern berichtet wurde, ist es nunmehr gelungen, den Fehler des Precht zu ermitteln und festzunehmen. Es ist dies ein bekannter Verbrecher, Rudolf Prechtmer aus Nordhausen, der 21 Jahre seines Lebens in den verschiedensten Justizhäusern zugebracht hat. Früher brachte als erfahrener „Verfälscher“ die „Sore“ unanfällig unter. Vor dem ihn vernehmenden Kriminalkommissar versuchte er zunächst mit außerordentlicher Wortgewandtheit zu leugnen. Er wurde jedoch schließlich in die Enge getrieben und legte ein Geständnis ab.

Der Jassadenletterer Precht selbst wurde von der Kriminalpolizei unter entsprechender Bedeckung im Kraftwagen an die Talsperre von vier bisher unangelegten Einbrechern gefolgt, weil diese Laternen dieselbe Arbeitsmethode aufwiesen, wie sie Precht eigenhändig ist. Er mußte schließlich diese vier Einbrecher auch ergreifen. Die Kriminalpolizei führte die beiden Frauen und Verbrecher dem Richter zu.

— **Gravenerkennung in Neue Republik** Genosse Stel-

— **Arbeiterwohlfahrt** Die Arbeiterwohlfahrt

— **Wahlkampf** mit mittlerer Reize. In der Sitzung der

— **Rechtsprechung** bei Sachverständigen. Der Reichs-

— **Justizverwaltung** beim Güterverkehr. Die Güter-

— **Rechtsprechung** bei Sachverständigen. Der Reichs-

— **Justizverwaltung** beim Güterverkehr. Die Güter-

— **Rechtsprechung** bei Sachverständigen. Der Reichs-

— **Justizverwaltung** beim Güterverkehr. Die Güter-

— **Rechtsprechung** bei Sachverständigen. Der Reichs-

— **Justizverwaltung** beim Güterverkehr. Die Güter-

— **Rechtsprechung** bei Sachverständigen. Der Reichs-

— **Justizverwaltung** beim Güterverkehr. Die Güter-

— **Rechtsprechung** bei Sachverständigen. Der Reichs-

— **Justizverwaltung** beim Güterverkehr. Die Güter-

— **Rechtsprechung** bei Sachverständigen. Der Reichs-

— **Justizverwaltung** beim Güterverkehr. Die Güter-

— **Rechtsprechung** bei Sachverständigen. Der Reichs-

— **Justizverwaltung** beim Güterverkehr. Die Güter-

— **Rechtsprechung** bei Sachverständigen. Der Reichs-

— **Justizverwaltung** beim Güterverkehr. Die Güter-

— **Kauf bei der Arbeit** Die in der Obenfelder Straße

— **Zusammenstoß eines Autos** mit Autobussen. Infolge

— **X Geschlossen** wurde in der Nacht zum 25. d. M.

— **X Geschloßte Verhaftungen**. Erledigt sind die Aus-

— **Ergänzung**. In unserer Kolon über die Verhaftung des

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**. Übertragung

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

— **Vaugenoffenschaft** ihn blüht im Stiche gelassen hätte, so

Metallarbeiter!

Arbeiter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold!

Nach ihr müßt in die Bezirksversammlungen kommen. — Die Wahl der Bezirksleitungen wird in den Versammlungen vorgenommen.

Aus der Jugendbewegung

Arbeiter-Jugendband Magdeburg.

Die Jugendbewegung hat in der letzten Zeit einen großen Aufschwung genommen. In der Jugendbewegung sind die Arbeiterjugendbewegungen besonders aktiv. In der Jugendbewegung sind die Arbeiterjugendbewegungen besonders aktiv.

Aus den Gerichtssälen

Ein schmerzlicher Totungeschehnis.

Es gibt Töchter, so sagte der Vorsitzende des Schwurgerichtes in Magdeburg in der Verhandlung gegen den Zeugenwahrer Otto Hellert und Kurland, mit denen man wegen ihres Ungebührens nicht leben kann. Sie haben aber auch verheerendes Werk geleistet, sind rigoros und rücksichtslos gegen den jungen Menschen, der Handlungswaise werden kann. Die Vernehmung des Zeugenwahrers wird folgendermaßen wiedergegeben:

Der Angeklagte konnte in seiner Eigenschaft als Zeugenwahrer einen jungen Menschen kennen, von dem er wusste, daß er sich nur einige Zeit einer Waise pflegen würde. Der junge Mann selbst war sehr unglücklich. In der Jugendbewegung sind die Arbeiterjugendbewegungen besonders aktiv.

Rundfunkprogramme

Radio Leipzig (Welle 357,1), Dresden (Welle 294,1)
Sonnabend, 27. Nov. 12: Rittlingsreit auf der Sportplatz. 12:30: Musik. 13:30: Musik. 14:30: Musik. 15:30: Musik. 16:30: Musik. 17:30: Musik. 18:30: Musik. 19:30: Musik. 20:30: Musik. 21:30: Musik. 22:30: Musik. 23:30: Musik. 24:30: Musik.

Radio Berlin (Welle 439,2), Berlin (Welle 252,1)
Sonnabend, 27. Nov. 12: Musik. 13:30: Musik. 14:30: Musik. 15:30: Musik. 16:30: Musik. 17:30: Musik. 18:30: Musik. 19:30: Musik. 20:30: Musik. 21:30: Musik. 22:30: Musik. 23:30: Musik. 24:30: Musik.

Radio Hamburg (Welle 394,7), Bremen (Welle 400), Hannover (Welle 297), Köln (Welle 342)
Sonnabend, 27. Nov. 12: Musik. 13:30: Musik. 14:30: Musik. 15:30: Musik. 16:30: Musik. 17:30: Musik. 18:30: Musik. 19:30: Musik. 20:30: Musik. 21:30: Musik. 22:30: Musik. 23:30: Musik. 24:30: Musik.

Radio Frankfurt (Welle 415), Frankfurt (Welle 415)
Sonnabend, 27. Nov. 12: Musik. 13:30: Musik. 14:30: Musik. 15:30: Musik. 16:30: Musik. 17:30: Musik. 18:30: Musik. 19:30: Musik. 20:30: Musik. 21:30: Musik. 22:30: Musik. 23:30: Musik. 24:30: Musik.

Radio Stuttgart (Welle 415), Stuttgart (Welle 415)
Sonnabend, 27. Nov. 12: Musik. 13:30: Musik. 14:30: Musik. 15:30: Musik. 16:30: Musik. 17:30: Musik. 18:30: Musik. 19:30: Musik. 20:30: Musik. 21:30: Musik. 22:30: Musik. 23:30: Musik. 24:30: Musik.

Radio München (Welle 415), München (Welle 415)
Sonnabend, 27. Nov. 12: Musik. 13:30: Musik. 14:30: Musik. 15:30: Musik. 16:30: Musik. 17:30: Musik. 18:30: Musik. 19:30: Musik. 20:30: Musik. 21:30: Musik. 22:30: Musik. 23:30: Musik. 24:30: Musik.

Fußball.

Table with columns: Verein, Gegner, Spielort, Zeitpunkt. Includes matches like 'Sportfreunde 1 vs. Borussia 1' and 'Sturm 07 1 vs. Eintracht 1'.

Die Spiele der Fußballer sind wieder einmal hochinteressant. Es scheint, als ob die ersten Mannschaften zurückgekehrt sind von ihrer 'Erholungsreise'...

Der Kampf der Fußballer gegen Sportfreunde Magdeburg 5:2 (4:3). Im Freundschaftsspiel fanden sich bekannte Mannschaften in Reudersleben...

Handball.

Table with columns: Verein, Gegner, Spielort, Zeitpunkt. Includes matches like 'Sportfreunde 1 vs. Borussia 1' and 'Sturm 07 1 vs. Eintracht 1'.

Die Handballer sind wieder einmal hochinteressant. Es scheint, als ob die ersten Mannschaften zurückgekehrt sind von ihrer 'Erholungsreise'...

Der Kampf der Handballer gegen Sportfreunde Magdeburg 5:2 (4:3). Im Freundschaftsspiel fanden sich bekannte Mannschaften in Reudersleben...

Qualifikation des Gegners. Im Mittelgewicht siegte Paul (Adler) gegen Ansdorf (Stahlfabrik) durch Aufgabe in der dritten Runde...

Turnen. Kreisabtagung des 1. Kreises. Der Kreisabtagung des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Berlin-Brandenburg...

Regeln als Volkssport. Regeln galt von alters her als beliebtestes Unterhaltungs- und bei allen Volkssportarten...

Handarbeit der Arbeiter-Muffwerker. Der am Sonntag in Verbindung mit dem Handarbeit des Bundes der Arbeiter-Muffwerker...

Das nicht das Spielen aller Musikanten erlaubt ist. In den Worten 'Aufsichtsratspräsident' steht für unsere Vereine eine große Bedeutung...

Arbeiter-Sportartell Stendal. Die letzte Sportartellversammlung war nur schwach besucht. In Zukunft müssen alle Vereine durch einen Delegierten vertreten sein...

Bühnenjahrturnen in Stendal. Nachdem das Bezirk-Turn- und Sportfest die Aufmerksamkeit des Publikums auf den Arbeiter-Turn- und Sportbund...

Mitteilungen der Sportvereine. Arbeiter-Sportartell Magdeburg. Wir machen die dem Kartell angehängten Vereine darauf aufmerksam...

Klavenn-Fabrik Destillation und Essigfabrik. Neuhaldensleben. Telefon 224. Wedinger Straße 31.

Tarragona. rot, erdweiss, vom Fass pro Liter 1.00. BRANNYWEINQUELLE. Eigene Likörfabrik. Eigene Fruchtstoffpresserei.

Kraftwagenführern. Auto-Schule BÜSCH. Fachmännische Ausbildung von Kraftwagenführern. In der Stadt, beim Postamt.

Fisch-Marinaden. Emil Hedicke. sind anerkannt die besten. Fisch-Marinaden der Firma Emil Hedicke sind anerkannt die besten.

Nachrichten aus der Provinz

Ferien- und Studienreisen 1927

Der ausführliche Prospekt für die Ferien- und Studienreisen 1927, den der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit zum Preise von 35 Pf. herausgibt, erscheint erst Mitte Dezember, da einige Reiseanstellungen vorgenommen werden mussten. Wir werden das Erscheinen des Prospekts in der Presse bekanntgeben. Zu beziehen sind die Prospekte vom Bezirksbildungsausschuss Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Die Stadtchaft der Provinz

Der außerordentliche Provinziallandtag der Provinz Sachsen im Januar hat die Gründung einer „Stadtchaft der Provinz Sachsen“ beschlossen. Mit dieser Gründung wird eine Einrichtung geschaffen, wie sie in mehreren andern preussischen Provinzen seit einigen Jahren bereits vorhanden ist und mit Erfolg arbeitet. Den Institutionen dieser Art hat man, weil sie in vieler Beziehung den seit langer Zeit für die Pflege des landwirtschaftlichen Realrechts tätigen Landräten nachgebildet sind, die Bezeichnung Stadtchaft gegeben. Ihre Aufgabe besteht darin, den vorhandenen Hausbesitz mit Hypothekarkredit zu versorgen und besonders auch an der Förderung des Wohnungsbaues durch Vergabe von Hypotheken in nutzbringender Weise teilzunehmen. Die Stadtchaft ist eine mit eigener Rechtsfähigkeit ausgestattete Körperschaft öffentlichen Rechts, deren Mitglieder diejenigen Grundstücksbesitzer oder Erbbauberechtigten sind, die gegen Eintragung einer Hypothek zugunsten der Stadtchaft von dieser ein Darlehen erhalten haben.

Die zur Ausgabe dieser Darlehen erforderlichen Mittel beschafft sich die Stadtchaft durch Ausgabe von Pfandbriefen. Die Darlehen werden also nicht in bar gewährt, sondern in mündelbaren Pfandbriefen gegeben, die für Rechnung des Darlehensnehmers verwertet werden. Zur Erleichterung der Beschaffung der notwendigen Beleihungsmittel haben sich die Stadtchaften der Provinzen zu einer gleichfalls öffentlich-rechtlichen Kreuzsächsischen Zentralstadtchaft zusammengeschlossen, der auch die Stadtchaft der Provinz Sachsen beitreten wird.

Diese Vereinigung hat die Ausgabe eines Einheitspfandbriefes ermöglicht, der eine wesentliche Herabminderung der Emissionskosten, Vereinfachung der Emissionsbedingungen und Erweiterung des Absatzgebietes mit sich gebracht hat. Voraussetzung für den Erfolg auch der Zentralstadtchaft ist natürlich, daß die Ratifikation für je we r z i n s l i c h e Anlagensätze die Verwertung der Pfandbriefe zu tragbaren Bedingungen zuläßt. Neben der Stadtchaft hat der Zentralverband der Provinzialverbände die Verwaltung der Stadtchaft von einem Vorstand geführt und der Verwaltung der Sächsischen Provinzialbank, dem am Sitze der Provinzialverwaltung in Merseburg befindlichen Bankinstitut des Provinzialverbandes, angegliedert. Den Darlehensnehmern sind gewisse Selbstverwaltungsrechte durch ihre Vertretung im Verwaltungsrat eingeräumt, dem neben andern Aufgaben insbesondere die Beaufsichtigung der Geschäftsführung des Vorstandes obliegt. Einen weitgehenden Einfluß auf die Geschäftsführung haben auch der Provinziallandtag und Provinzialausschuss.

Die vom Provinziallandtag bei seiner Beschlussfassung gezeigte Hoffnung, daß die Stadtchaft nach der Raupenperiode des Jahres 1926 dienlich gemacht werden könnte, hat sich infolge mannigfacher Schwierigkeiten bei Erteilung der Genehmigung durch die Staatsaufsichtsbehörde leider nicht erfüllt. Man sieht hier wie immer, daß der Bureaucratismus die schönsten Wünsche zur Förderung des Wohnungsbaues zunichte macht. Der Provinzialausschuss hat beschlossen, daß die Stadtchaft der Provinz Sachsen ihren Geschäftsbetrieb am 1. Dezember d. J. aufnimmt. Möge sich die Gründung der Stadtchaft als eine Maßnahme erweisen, die im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse liegt und zur Behebung der Schwierigkeiten der Beschaffung von Hypothekarkredit beiträgt.

Geschäftsordnung der Stadtparlamente

Auf Anregung aus den Kreisen der Stadtverordneten-Vorsteher beschloß der Vorstand des Städtetags der Provinz Sachsen und des Kreisrats Anhalt, wie wir schon mitteilen, einen Interzessionsrat einzusetzen, der eine Kuzergeschäftsordnung für Stadtverordneten-Verfassungen aufstellt. Der aus acht Personen bestehende Ausschuss hat inzwischen in einigen Sitzungen seine Aufgabe erfüllt. Der Berichterstatter war Stadtverordneter-Vorsteher Genosse Paer (Magdeburg). Nach seinen Ausführungen sei es empfehlenswert, eine Kuzergeschäftsordnung für Stadtverordneten-Verfassungen für die dem Provinzialausschuss angehörenden Städte zu schaffen, um so die Erfahrungen in den einzelnen Städten auszutauschen und zu verwerten. Damit zu warten, bis die neue Stadtordnung herauskommt, habe keinen Zweck, da dies noch sehr lange dauern könne und auch nicht viel Neues bringen werde.

Zu prüfen sei, welche geschäftlichen Angelegenheiten einer Stadtverordneten-Verfassung einheitlich in bestimmte Paragraphen gefaßt werden können. Wichtig seien z. B. die Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadtverordneten-Verammlung, über die Schweigepflicht der Stadtverordneten usw.

Den dann folgenden Beratungen des Ausschusses lag ein vom Regierungspräsidenten überkommener Entwurf einer Geschäftsordnung zugrunde. Der Ausschuss änderte manche Vorschriften ab. Aus der so aufgestellten Kuzergeschäftsordnung seien folgende Bestimmungen herausgegriffen:

Lehnt ein Stadtverordneter die in der Stadtordnung vorgesehene Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten ab oder läßt er erkennen, daß er sie nicht erfüllen kann oder erklärt er, sich der Geschäftsordnung oder einzelnen ihrer Bestimmungen nicht unterwerfen zu wollen, so ist er bis zur Befriedigung des Hindernisses von den Sitzungen auszuscheiden.

Der Vorstand der Stadtverordneten-Verammlung ist ausschließlich in ihrer ersten Sitzung zu wählen. In der Zeit von Anfang Juli bis Ende August sollen die Sitzungen ausfallen, wenn nicht dringliche Vorlagen eine Sitzung notwendig machen. Innerhalb der ersten Sitzung ist zu verhandeln bei Grundstückskauf und -verkauf und bei persönlichen und Beamten- und Angehörigenangelegenheiten, wie z. B. Anstellungen, Beförderungen, Beförderungen usw.

Die Verhandlungen in nichtöffentlicher Sitzung sind geheimzuhaltung; die Beschlüsse nur dann, wenn dies ausdrücklich bestimmt ist. Bezieht ein Mitglied diese Pflicht, so hat der Vorsitzende darauf, dies in öffentlicher Sitzung mit Namensnennung zu erklären. Bei wiederholtem Verstoß kann durch einstimmiges Mehrschluß Ausschluß von der Versammlung bis zur Dauer der Wahlzeit erfolgen. Jeder ein Mitglied die Ordnung der Versammlung, so kann nach näheren Vorschriften der Geschäftsordnung aus dieser bis zum Ende der Wahlperiode erfolgen. Die Ausschließung geht dem Verlust der Sitzungsgelder nach.

Gegen jede Ordnungsmaßnahme kann Berufung an die Versammlung selbst eingelegt werden, die hierüber in der nächsten Sitzung ohne vorläufige Verhandlung entscheidet. Wenn sich der Vorsitzende dem Beschlusse verweigert, so verleiht er seinem Sitz, wodurch die Sitzung auf eine Vertagung unterbrochen ist. Mit Ausnahme der Vertagungsfälle soll jeder Stadtverordneter seine Rede auf 10 Minuten beschränken. Des Weiteren von Reden ist nur mit Genehmigung des Vorsitzenden zulässig. Die gesamte Kuzergeschäftsordnung hat 35 zum Teil umfangreiche Paragraphen.

Der Ausschuss beschloß ferner, sich auch mit der Frage, ob der Bericht der Kommission in die Geschäftsordnung aufgenommen ist.

Gehässige Reaktion in Wolmirsleben

Durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Industrie in unserer Gegend ist das Dorf Wolmirsleben besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der übergroße Teil der Einwohner sind Bergarbeiterfamilien. Gerettet haben diese Armen durch alle Not ihre vorbildliche Treue zum Sozialismus. Das stark ausgeprägte Solidaritätsgefühl der werktätigen Bevölkerung spiegelt sich in der Verwaltung der Gemeinde wider. Die Gemeindevertretung setzt sich in der Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammen. Gemeinde- und Amtsvorsteher, Gemeindefreier, Gemeinbediener usw. sind auch eifrige Funktionäre unserer Partei. Die Unterstützungsempfänger werden im Verkehr mit der Behörde nicht anders behandelt wie der Bergbau, der Pfarrer oder der Agrarier.

Trotz schlimmster Notlage hat der Gemeindevorsteher, Genosse Völker, ein früherer Landarbeiter, mit Tatkraft und Geschick Ordnung in die Gemeinde gebracht und Wohnungsbau, Trinkwasser- und Straßenbeleuchtung durchgeföhrt. Nun soll er zum Dank dafür gefaßt werden,

nachdem er den Revolverbesitzer völkischer Jünglinge nach einer Gemeindevertreter-Sitzung entgangen ist.

Als Amtsvorsteher hat Genosse Völker Anteil an der Sicherung einer Einbrecherbande, die durch Diebstähle und Ueberfälle die ganze Gegend heunruhigte. Der Sohn manches jugendlichen Landwirts und Gewerbetreibenden mit „achtbarer nationaler“ Einstellung gehörte diesem Räuberklub an. Wir können nicht dafür, daß auch die hoffnungsvollen Sprößlinge, fast ohne Ausnahme, dem Jungtrottel und Herdenschäfer angehörten. Aus dieser Richtung dürfte auch damals der Schuß auf den Genossen Völker gefallen sein.

In Protestnoten an den Kreis- und Provinzialausschuss und die Regierung haben die Landwirte und Gewerbetreibenden ihrer Feindschaft gegen den Gemeindevorsteher nachdrücklich Ausdruck verliehen. Sie verlangen Absetzung des Genossen Völker, weil sie zu sehr mit Steuern belastet seien. Dazu einige Beispiele: Die Landwirtschaft mit ihrem großen Grundbesitz muß natürlich zu den Gemeindegeldern beitragen. Im Rahmen der Gesetzgebung wird sie besteuert. Ihre „Notlage“ ist auch bei uns mehr Schlagwort als Wahrheit. Die Landwirtschaft klagt besonders, daß die entsetzliche Wassernot den Wirtschaftsbetrieb, vor allem Mensch und Vieh, gefährdet. Dem unhaltbaren Zustand mußte ein Ende gemacht werden, deshalb schritten Gemeindevertretung und Gemeindevorsteher zum

Von einer Wasserleitung.

Vorbereitung war aber die Durchführung eines Projektes, den die Grube Heurietze gegen die Gemeinde anstrebte, da sie festgestellt haben will, daß ihre Schachtanlagen den Brunnen in der Gemeinde nicht das Wasser entzogen hätten. Rechtsbestand und Sachverhältnisse ergaben sich natürlich der Gemeinde Geld; doch schon heute ist ein Erfolg zu buchen, der die Grube berantworte, Entgegenkommen bei der Finanzierung der Wasserleitung zu zeigen.

Eine Anzahl Arbeitsloser findet beim Bau Beschäftigung. Jetzt aber sollen die Arbeiter in ihre Häuser kein Wasser bekommen. Japststellen vor den Gehöfen der Landwirte sollen genügen und daher können die Arbeiter nach Ansicht der Reaktion dann auch ihr Wasser schöpfen. Wir aber sind gewillt, kein Pfuschwerk, sondern ganze Arbeit zu machen.

Warum soll die Allgemeinheit nicht tun, was der private Landwirt trotz seiner „Notlage“ bei uns bis in die letzten Wochen hinein getan hat? Von den Protestnotenschreibern sind erst jetzt

Das wurde jedoch abgelehnt. Es wurden auch Feststellungen darüber getroffen, welche Sitzungsgelder gewährt werden. Beispielsweise entschädigen Halle und Erfurt nach einzelnen Sitzungen (Plenum und Ausschuss) mit 3 Mark, Magdeburg mit einem monatlichen Pauschale von 25 Mark, Nordhausen und eine Anzahl anderer Städte zahlen nichts.

Der dem Ausschuss fertiggestellte Entwurf der Geschäftsordnung ist den Stadtverordneten-Vorstehern sämtlicher Mitgliedsstädte zugestellt worden. Jeder die bestehende Geschäftsordnung abändernde Beschluss der Stadtverordneten-Verammlung bedarf der Zustimmung des Kreisrats. Es wird zweckmäßig sein, wenn nun auch jede Stadtverordneten-Verammlung zur Vorbereitung des Geschäftsordnungsentwurfs einen Ausschuss einsetzt.

Eisenbahn-Gefährdung durch Jugendliche

In einem Erlaß des preussischen Kultusministers werden die Provinzialschulkollegien und die Regierungen auf die zahlreichen Fälle von Steinwürfen und auf vereinzelt Schießereien aufmerksam gemacht, als deren Täter Jugendliche, insbesondere auch schulpflichtige Kinder, ermittelt oder beobachtet worden sind. Neuerdings kommen auch Anschläge auf Jüge durch Jugendliche vor, die Steine, Holz u. dergl. auf die Schienen legen oder an Signalrichtungen Störungen verursachen. Die Betriebsämter und Betriebsinspektionen sowie die Reichsbahndirektionen sind zur Bekämpfung derartigen Handlungen wiederholt an die örtlichen Schulbehörden herangerufen. Der Minister bezieht sich auf den „Amtlichen Preussischen Preßedienst“ zufolge, in seinem Erlaß als notwendig, allgemein die Schüler auf die Folgen solcher unverantwortlichen Handlungen nachdrücklich hinzuweisen und diese Verlebrungen in regelmäßigen Zeitabständen zu wiederholen.

Die Viehschlachtungen

Die der „Amtliche Preussische Preßedienst“ der „Städtischen Korrespondenz“ entnehmen, wurden in Preußen in den Monaten Juli, August und September d. J. geschlachtet: rund 22 600 Ferkel, 333 000 Stück Mindervieh, darunter 319 000 Stück Großvieh und 14 000 Stück Jungvieh, ferner 443 000 Schafe, 12 600 Ziegen und über 300 Gänse. An Schweinefleischschlachtungen ergab die Schlachttreib- und Fleischbeschau 1 743 000, die Leichnamtschlachtungen 1 776 000 Stück. Diese zweite Ziffer ist deshalb höher als die erste, weil in ihr nicht allein die für gewerbliche Zwecke, sondern auch die für den Selbstbedarf der Schweinezüchter geschlachteten Schweine, soweit sie nur der Trümmerei unterliegen, enthalten sind. Im Vergleich mit den Jahren des entsprechenden Vorjahres 1925 ergab sich eine Verminderung nur der Minderviehschlachtungen um rund 3 Prozent, der Schweinefleischschlachtungen um 27 Prozent und der Leichnamtschlachtungen um rund 27 Prozent. Mehr geschlachtet wurden rund 100 000 Schweine und über 2000 Pferde.

In den ersten 3 Vierteljahren wurden im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres Ochsen und Kühe um 31 000 Stück (26 Prozent), 21 000 Jungochsen (3,9 Prozent) und 13 000 Kühe (21 Prozent) weniger geschlachtet; dagegen haben sich die Schlachtungen an Mähen um 36 000 Stück (22 Prozent) vermehrt. Bei der Schweinefleischschlachtungen ergab sich im Jahresverlauf um 13 000. Der ungewöhnliche Stand der Viehschlachtungen in diesem Jahre zeigt sich auch darin, daß die Schlachttreibungen sich um 7,5 Prozent gegen das Vorjahr vermehrt haben. Im Vergleich zu 1913 wurden zwar 206 000 Stück Mindervieh mehr geschlachtet, die größere Ziffer aber bestand hauptsächlich aus Jungvieh, und zwar hauptsächlich aus Kälbern; im großen Maßstab gegen 1913 befinden sich die Schweinefleischschlachtungen, und

eine 100 Morgen Acker gekauft, Scheunen und Stallungen der Zeit entsprechend gebaut. Wir freuen uns darüber. Wer für die Verbesserung seines Privatbesitzes Geld hat, muß aber auch für die notwendige Entwicklung des Gemeinwesens seinen Obolus entrichten.

Auch zu den Gewerbetreibenden, die ebenfalls 45 bis 50 an der Zahl protestierten, einige Worte: Alle Unterschriften haben zusammen für das Jahr 1926 bis jetzt die horrenden Summe von sechshundertzehn Mark zehn Pfennig bezahlt. Wir wenden uns nicht gegen die neuerlichen Geschäftserweiterungen und Verbesserungen, aber sie zeigen eben doch von keiner besonderen Kollage. Alle zusammen, Landwirte, Gewerbetreibende mit ihrem Anhang, sind strebsame

Mitglieder im Landwehrverein.

Wenn sie nach Sparbarkeit schreien, sollen sie ihre politische Gegnerschaft gegen die Mehrheit der Gemeindevertreter aufgeben und der Gemeinde den Hausbau auf der Spitze des Gemeindeplatzes gestatten.

So eigenartig es klingt, die Gemeinde darf auf ihrem Grund und Boden nicht bauen. Der Platz an der Hauptstraße war vollkommen und im späten Teile zum Schutt- und Abfalldeponieplatz geworden. Die Gemeindevertretung beschloß, den Platz, auf dem alle Volksspiele abgehalten werden, zu planieren und mit Grünanlagen zu umranden. An der Spitze soll ein Wohnhaus gebaut werden, das im Parterre die Büroräume der gemeindlichen Verwaltung aufnimmt. Als das Haus, dessen Lage für das Aussehen des Platzes nicht schädigend ist, bis über die Fenster der ersten Etage fertig war, erhob der Landwehrverein Einspruch gegen den Bau und erreichte nach langem Prozessieren das Urteil: der Bau darf nicht vollendet werden. So steht im Jahre 1926 in unserer Gemeinde trotz starken Wohnungsmangels ein halb fertiges Haus, das in diesem Zustand schon 3 Jahre dem Wetter ausgesetzt ist. Ein über 80 Jahre altes Mitglied des Landwehrvereins hat nämlich beschworen, daß vor Jahrzehnten die Gemeinde dem Landwehrverein Nutzungsberechtigung für den Platz zugesprochen hätte. Schriftliche Unterlagen sind nicht vorhanden. Hier ist das Wort am Platze: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort; Vernunft wird Unfinn, Wohlthat Plage, weh dir, daß du ein Entel bist.“

Zur Erinnerung auf die bürgerlichen Angriffe hatten uns Genossen kürzlich eine

Öffentliche Gemeindevähler-Verammlung

einberufen, um Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen. Ueber 400 Versammlungsbesucher waren anwesend und verfolgten gespannt die sachlichen Ausführungen des Genossen Völker. Gegner waren nicht erschienen. Die geleisteten Arbeiten und die Absichten der sozialistischen Gemeindevertreter für die Zukunft fanden Anerkennung und Zustimmung. Mehrere Diskussionsredner sprachen sich für den Genossen Völker aus und beurteilten sehr scharf die Machinationen der bürgerlichen Clique, besonders ihr Fernbleiben von der Versammlung. Sie getrauen sich nicht, offen ihre gehässige Kampfweise zu verteidigen.

Von den Besuchern der Versammlung wurde ein Vertrauensvotum für den Genossen Völker verlangt, das unter stürmischen Beifall durch Erheben von den Sitzen einstimmig angenommen wurde. Mit dieser Solidarität werden wir den Gegnern auch in Zukunft erfolgreich entgegenzutreten können. Zum Besten der Allgemeinheit und zum Wohle der Gemeinde können wir unsere Tätigkeit ausdehnen, wenn der Parteibereich immer mehr Mitglieder bekommt. Tut eure Pflicht, Genossen! —

Kreis Wanzleben

Groß-Dittersleben. Erwerbslosenversammlung.
Am Dienstag fand in den „Ganja-Sälen“ eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt, in der Genosse Stadtverordneter Albert Steinke (Magdeburg) über das Thema „Die Erwerbslosenfrage unter besonderer Berücksichtigung der Kreisfürsorge“ sprach. In der Diskussion sprach nun als erster der bekannte Wippert, der an der Spitze einiger kommunistischer Delegierten zum Kongress der Reichsbewegung erschienen war. Wippert ließ seine bekannten Phrasen und Tiraden rein politischer Natur los. Er sprach weit über eine Stunde, ohne auch nur einen einzigen Rat zu geben, wie den Erwerbslosen praktisch geholfen werden kann. Die Gewerkschaften und ihre Arbeit setzte Wippert herab. Einmal sprach er auch von dem klaren Lid und Augem Verband der S. P. D.-Arbeiter und ließ nach Rattenfängerromaner Vorstufe an unsre Gefinnungsfreunde los. Die S. P. D.-Fraktionen im Kreis, in Preußen und in Magdeburg wurden in der üblichen Weise mit Schmutz beworfen und die tollsten Unwahrheiten bezichtigt. Kurz, eine kommunistische Agitations- und Gehebe, die weder der Arbeiterchaft noch den Dittersleber Erwerbslosen nützlich war. Abdam sprachen noch die kommunistischen Gemeindevertreter Kleps und Püde. Genosse Ernst Wille nahm dann das Wort und kennzeichnete Wipperts Ergüsse als die Kunststücke eines Laichspielers, worauf die anwesenden Kommunisten auf Kommando zu schreien und zu toben anhuben. Genosse Wille verzichtete deshalb darauf, sachliche Ausführungen zu machen, was die Schreier dann sichtlich betreten machte. Der Versammlungsleiter sprach dann über örtliche Angelegenheiten, wogu der Gemeindevorsteher Genosse Paul Feine Auskünfte gab. Verschiedene Anfragen aus der Versammlung wurden dann ebenfalls vom Genossen Feine sowohl als vom Genossen Steinke sachlich beantwortet. Wir haben bereits bei der Berichtstattung über die letzte Gemeindevertretung den Standpunkt unserer Fraktion dargelegt und Genosse Paul Graf hat dies in kurzen Ausführungen nochmals gegen Schluß der Versammlung. Im Rahmen des Möglichen wird bei uns alles getan werden, den Erwerbslosen zu helfen und jeder besondere Notfall wird individuell und schnell geregelt. Die Erwerbslosen müssen dringend gemacht werden, sich von kommunistischen Schwärzern wie Wippert, den in Magdeburg kein Mensch mehr ernst nimmt, beeinflussen zu lassen.

Gebensleben. Gemeindevertreter-Sitzung.
Die vom Gemeindevorsteher und Gemeindefreierverbänden hinterlegte Situation wird mit 60 Prozent aufgewertet. Den Gemeindevorstehern soll die Zeitschrift „Die Landgemeinde“ unentgeltlich zugestellt werden. Den hiesigen Ortsarmen, Rentnern usw. wird eine Weihnachtshilfe von 500 Mark aus Gemeindegeldern bewilligt. Die Verteilung übernimmt der örtliche Volkshilfesausschuss. Für die Ratifikation der Gemeinde werden 60 Mark bewilligt. — Ein Personalkreiswagen der Volk soll, wenn sich genügend Fahrgäste finden, früh nach Magdeburg und abends zurückfahren. Die Wochenkarte soll kosten je nach Beteiligung 1,50 bis 6 Mark. Interessenten, die das Auto benutzen wollen, treffen sich am Sonntag um 4 Uhr nachmittags im Saal am Markt. — Lose der Arbeiterwohlfahrtslotterie sind bei den Genossen Coerdts und Portels sowie bei allen Parteifunktionären zu haben. —

Tautz. Einen Verbandsrat zur Gründung eines
Landgemeindevorstandes am Sonntagabend in Magdeburg fand der Arbeiterwohlfahrtsverein Tautz am Sonntagabend

Ihren guten Gefährten des Männerbundes dieses Vereins wird auch der Frauenverein aus dem Leben sein können...

Preis Jerichow 1 und 2

Preis. Elternabend. Der Arbeiterverein...

Preis. Öffentliche Versammlung am Sonntag den 21. November...

Preis. Von maßgebender Seite in der Arbeitervereinsleitung...

Preis. Die Arbeitervereinsleitung...

Preis. Preise der Weihnachtslotterie...

Preis Berg

Preis des Arbeitervereins...

Durch den Reichlichen Gewerkschafts...

Es wird bekanntlich, daß der kommunistische...

Genosse Stollberg und Bürgermeister Genosse...

Die Schulbeiträge der gewerblichen und landwirtschaftlichen...

Öffentliche Versammlung in Gerwisch

Preis. Öffentliche Versammlung in Gerwisch...

Preis Reichensleben

Preis. Reichensleben...

Am Donnerstag früh gegen 6 Uhr...

Bei der Gerichtsverhandlung...

Es wird angenommen, daß der Vater...

Man sieht, wozu es führt, wenn Eltern...

Reichensleben. Weihnachtslotterie...

Reichensleben. Rentenzahlung...

Reichensleben. Hauswirte und Mieter...

Reichensleben. Arbeitervereins...

Reichensleben. Arbeitervereins...

Reichensleben. Arbeitervereins...

Reichensleben. Arbeitervereins...

Preis. Sonntagsfahrten nach Magdeburg...

Preis. Elternabend der Schule...

Preis. Frauengruppe der Partei...

Preis. Richtige Parteiverammlung...

Preis. Sachwertsammlung...

Preis. Arbeiterpartei...

Preis. Arbeiterpartei...

Preis. Arbeiterpartei...

Preis. Arbeiterpartei...

Preis. Arbeiterpartei...

Preis. Arbeiterpartei...

Preis. Arbeiterpartei...

Preis. Arbeiterpartei...

Preis. Arbeiterpartei...

Fabrikate... Camin... Treten dem Reichsbanner bei!

Treten dem Reichsbanner bei!

Brauerei Ruff & Roy... Magdeburg, Hohe Straße 13.

hat ein Umzug von Schulkindern von dem einen zum andern Bezirk auch die Verletzung in der zuständigen Schule zur Folge. Die Verletzungen sollen aber nur immer zu Semesterbeginn vorgenommen werden. Eine Unterlassung der Verletzung überhaupt ist unzulässig. Nachdem die Schulkinder in Tätigkeit getreten sind, erweitert sich infolge ihrer Feststellungen der orthopädische Turnunterricht immer mehr als eine Notwendigkeit. Es ist nicht nur eine Lehrerin schon für diese Zwecke ausgebildet worden, sondern es wurden auch schon Feststellungen darüber getroffen, welche und wieviel Kinder den Unterricht besuchen sollen. Aber es hapert immer noch an dem nötigen Unterrichtsraum. Er muß durch einen glatten Fußboden dazu besonders geeignet sein. Und den konnte die Schuldeputation bislang nicht beschaffen. Deshalb muß der Unterricht so lange unterbleiben. Das ist jedenfalls sehr bedauerlich.

Alle Kostensarbeiten, die von der Stadt beantragt worden sind, haben nun die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden; auch die zuletzt beschlossene Verletzung des Prof. Weges. Noch nicht beantragt ist die Herstellung eines Stadions, weil sich hier wegen des Platzes und anderer Fragen immer wieder neue Schwierigkeiten ergeben.

Ortsauskunft-Sitzung heute (Freitag) abend 8 Uhr im „Kaffeegarten“. Es ist Pflicht aller Vorstandsmitglieder und Delegierten, pünktlich zu erscheinen.

Altmärk

Garbeligen. Die Eingeweihten wußten es am Montag schon, daß einigen Schwarzhörnern am Mundfunk das Handwerk gelegt, die Apparate und Anlagen beschlagnahmt wurden und die Täter zur Anzeige gebracht sind. Heute bringt nun auch der „Kreisanzeiger“ die Meldung, ohne jedoch Namen zu nennen. Sind die Namen in der Redaktion nicht bekannt? oder verschweigt man sie, weil der eine der Herren, der deutsche aller Männer (selbstverständlich auch einer der ausschlaggebenden Leute in der Rechtsfraktion der Stadtverordneten) der Deutschnationalen Partei heftig nahe steht. Diese Leute, die alles und jedes an der Republik herunterreißen, über alles schimpfen und nörgeln, in der Öffentlichkeit den Biederen und Aufrechten markieren, scheuen sich nicht, den Staat um einige Mark zu betrügen. Dies ist nur im Kleinen. Zufällig ist man dahintergekommen, wie wird es nun erst im großen sein? — Vieles auch herrscht in der Bevölkerung die Ansicht, daß die Benutzung der Leichenhalle mit Kosten verbunden sei. Diese Ansicht ist irrig. Die Leichenhalle steht vollständig kostenlos zur Aufbahrung der Leichen zur Verfügung. Nur die Dekorationen, sofern solche gebraucht werden sollen, und Sargnummern sind mit Kosten verbunden. Doch sind diese auch gestaffelt nach dem Verdienst des Verstorbenen. Es ist dies noch eine Einrichtung aus der Zeit, als die Sozialdemokraten allein im Stadtparlament saßen, und die Bürgerlichen es vorzogen, nicht zu erscheinen. Man kann immer wieder sehen, daß damals positive Arbeit geleistet wurde. Auch sei noch einmal an die Särge erinnert, die die Stadt zu billigem Preis abgibt. — Reichshaus. Die Gruppen- und Abteilungsleiter werden noch einmal an die Einreichung der Kinderlisten für das Weihnachtsfest erinnert. Auch die Jubiläumsmünzen müssen umgehend abgerechnet werden. Die Ortsgruppe Lindstedt beabsichtigt am Sonntag den 4. Dezember einen republikanischen Abend zu veranstalten. Die Garbeliger Kameraden werden noch einmal das Theaterstück „Die Republik auf dem Dorfe“ aufführen.

Stadtkreis Stendal

Die Gelben gegen den Einheitsverband.
Der Einheitsverband der Eisenbahner schreibt: „Am Dienstag den 23. November genutzte die gelbe Eisenbahngewerkschaft, der Allgemeine Eisenbahnerverband, die bürgerliche Zeitung in Stendal die Nr. 275 des „Altmärker“, um unter der Aufsicht „Eingekandt“ der Öffentlichkeit Unwahrheiten mitzuteilen. Wir sind gewohnt, von allen Seiten angefeindet zu werden, und unsere Mitglieder wissen es auch schon nicht anders und lassen derartige Artikel, die in den bürgerlichen Zeitungen gegen uns losgelassen werden, unbeachtet. Die Eisenbahnbeamten und -arbeiter sind es gewohnt, durch bürgerliche Zeitungen bedrängt zu werden. Bei dieser Gelegenheit sei aber den Eisenbahnbeamten und -arbeitern wieder einmal gesagt, daß sie nur solche Zeitungen lesen sollen, durch die sie nicht bedrängt werden. Es ist ja auch in

unsern Versammlungen zur Genuge besprochen, daß wir keine Möglichkeit haben, in den Lokalblättern Artikel über Löhne und Gehalte sowie Beamten- und Arbeitsrecht zu veröffentlichen, ohne auf große Schwierigkeiten zu stoßen, und daß es nur an dieser Stelle möglich ist, Mitteilungen an die gesamte Mitgliedschaft herauszugeben. Jeder Eisenbahnbeamte und -arbeiter hat also alle Ursache, sich erst einmal zu überlegen, welche Zeitung seine Interessen vertritt.

Wir lehnen es ab, in der bürgerlichen Zeitung auf das „Eingekandt“ des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes zu antworten, sondern wir werden diesen Leuten in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung Gelegenheit geben, den Nachweis dafür zu erbringen, daß der Einheitsverband der Eisenbahner seinen Mitgliedern die Wahrheit nicht sagt und daß von einem Vertreter des Einheitsverbandes diese Äußerung getan worden ist.

Wir wissen, daß unsere Mitglieder den Vertretern vom Allgemeinen Eisenbahnerverband nichts mehr glauben. Und selbst der Vertreter von der Eisenbahnbetriebskasse vom Allgemeinen Eisenbahnerverband erklärte in der offiziellen Ausschuss-Sitzung, daß er aus dem Allgemeinen Eisenbahnerverband austreten müßte, weil er den Schwindel nicht mehr mitmachen könne.

Ein Vertreter vom Allgemeinen Eisenbahnerverband versucht bei der letzten Betriebsratwahl auch durch „Eingekandt“ in der bürgerlichen Zeitung, dem „Altmärker“, durch Unwahrheiten die in der Eisenbahnbetriebskassenliste tätigen Ausschussmitglieder herabzusetzen. Auch in diesem Falle wurde der Verfasser des Artikels der Unwahrheit bezichtigt und nachgewiesen, daß die Vertreter des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nicht die geringste Kenntnis von der ganzen Sozialversicherung und des Krankenkassenwesens haben, aber Unwahrheiten über die Vertreter und Mitglieder des Einheitsverbandes veröffentlichen, zu dem Zwecke, Mitglieder für den Allgemeinen Eisenbahnerverband zu gewinnen.

Die Mitglieder des Einheitsverbandes haben sich schon öfter die Frage vorgelegt: „Wo bleiben die gegnerischen Organisationen und was tun sie?“ Vor allem gilt das dem Allgemeinen Eisenbahnerverband. Dort unternimmt man nichts selbständig, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beamten und Arbeiter aufzubauen und zu verbessern, sondern überläßt die Arbeit dem Einheitsverband. Man hält es im A. E. V. für viel wichtiger, in niederträchtiger Weise Schwärzereien loszulassen und ruiniert sich dabei mit Geschäftsführern des bekannten Schmiedes (Vorsitzender des Industrieverbandes für das Verlehrsgewerbe) und anderen Leuten.

Wir bitten alle unsere Funktionäre intensiver Agitation in den Betrieben zu entfalten. Dieser A. E. V. muß beseitigt werden. Vom Sonntag ein weiteres Mandat als Fortschrittler sei seiner numerischen und moralischen Schwäche überhaupt nicht zu. Leute, die nur verunglimpfen können und absolut nichts leisten, sollten wenigstens den Mund halten. Es liegt wahrhaftig im Interesse der Eisenbahndienstlichen, wenn der A. E. V. verschwindet. Man frage doch einmal die A. E. V.-Leute in den Betrieben, ob schon jemals ihr Verbändchen die Initiative in irgendeiner Sache ergriffen oder auf irgendeinem Gebiet etwas geleistet hat. Man wird die Antwort schuldig bleiben müssen.

Die Eisenbahndienstlichen haben alle Ursache den Leuten vom A. E. V. auf die Lippen zu setzen und mit der geraden Meise gehen, denn nur auf dem Wege der Wahrheit und der Ehrlichkeit sind die Interessen der Eisenbahner zu vertreten. Wir rufen den Eisenbahnern zu: „Schafft reine Bahn und merzt den A. E. V. aus!“

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Stendal und Umgegend.
F. A. Otten.

Ständige Parteiversammlung heute (Freitag) abend 8 Uhr im Lokal Peter.

Der Stand der Erwerbstätigkeit hat sich in dieser Woche bedeutend verschlechtert. Die Zahlen sind bedeutend gestiegen. Im Bezirk Stendal Stadt wurden gezählt 700 (648 in der Vormoche) männliche und 217 (179) weibliche Erwerbstätige, im Bezirk Stendal Land 152 (126) männliche und 11 (8) weibliche. Wenn man bedenkt, daß die sogenannten Saisonarbeiter noch alle in Arbeit stehen, so ist noch mit einer erheblichen Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu rechnen.

Vom Stadttheater. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr zum letztenmal „Greezwitzchen und die sieben Zwerge“; abends 7 1/2 Uhr zum letztenmal der Schwanz „Der Hochtourist“ für Gruppe A und B.

Raubüberfall bei Waburg. In der Waburger Feldmark fanden Arbeiter am Donnerstag in den frühen Morgenstunden in den Furchen eines Spargelbeetes einen jungen Mann, der aus vielen Wunden blutete. Der Unbekannte war besinnungslos. Er war nur mit einem Hemd und blauer Schiffermütze bekleidet. Die andern Kleider wurden nicht aufgefunden. Der Mann wurde ins Johanniter-Krankenhaus geschafft und dort konnte festgestellt werden, daß es sich um den im 21. Lebensjahr stehenden Wanderburschen Günther handelt. In seiner Mütze war ein Stempel, der auf Altona hindeutete. Er war mit mehreren Kollegen auf der Wandererschaft, in der Nähe von Waburg fielen sie plötzlich über ihn her, verletzten ihn schwer und beraubten ihn seiner Burschaft. Ob die Burschen es auf Nord abgesehen haben, um ihn mundtot zu machen, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Räuber sind leider entkommen. Nach Untersuchung durch den Arzt stellte sich heraus, daß die Verletzungen nicht so schwerer Natur sind, wie man erst angenommen hatte.

Eingebrochen wurde in der Nacht zum Mittwoch in der Turnhalle des Gymnasiums. Der Täter konnte vom Schulfeld übertrajst werden und entflohen. Die Ermittlungen schweben.

Ein Opfer seines Berufs wurde der Arbeiter Fisebed, wohnhaft in Wargahne, auf der Straße Berlin-Stendal. Er war bei einer westfälischen Tiefbaugesellschaft mit Eisenbahnarbeiten beschäftigt, in der Nähe der Station Wustrom. Am Dienstag vor mittag, als der Güterzug 6009 die Straße passierte und sämtliche Arbeiter das Gleis freigemacht hatten, wollte E. etwa 20 Meter vor dem Zuge nochmals das Gleis passieren. Er muß sich in der Entfernung getäuscht haben, denn er wurde von der Lokomotive erfaßt und die Böschung hinabgeschleudert. Der Zug hatte eine Geschwindigkeit von 60 Kilometer und daher waren seine Verletzungen sehr erheblich. Bald nach seiner Einlieferung in das Rathenower Krankenhaus verstarb er an den Folgen seines Unfalls. Die Schuld soll ihm allein treffen. Der Verstorbenen hinterläßt Frau und acht unverjorgte Kinder.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kreis Alsterleben. Die Ortsgruppen nehmen am Sonntag den 23. November an dem großen Treffen in Blanzburg teil. Auffassung 11 Uhr am Tie. Radfahrer sind unter allen Umständen zu meiden.

Der Kreisleiter.
Der Kreisleiter. Am Sonntagabend in Solles Gesellschaftshaus Kameradschaftsversprechen, verbunden mit der Beize unserer neuen Fahne. Redner ist Kreisleiter E. G. E. (Stasfurt). Wir bitten die Kameraden, mit ihren Angehörigen zu erscheinen. Arbeitslose Kameraden haben freien Eintritt. Eröffnung um 7 Uhr.

Mitteilungen der Buchhandlung Volksstimme

- Neuerscheinungen.**
Georg Engelbert Graf: Ein Märchen vom Rhein und von den Menschen. 81 Seiten. Gebunden 3 Mark. — Prokofjewski: Das Buch der 1000 Dinge. 126 Seiten. 2 Mark. — Reil: Taschenbuch der Sozialversicherung. 367 Seiten. Gebunden. 3,50 Mark. — Kallies u. Grob: Taschenbuch des Arbeiterrechts. 515 Seiten. Gebunden. 3,50 Mark.
Wieder vorrätig:
Georg Engelbert Graf: Die Geschichte von den Eidechsen. Ein Märchen aus der großen Scherzzeit. Gebunden 1,50 Mark. — Graf: Entwicklungsgeschichte der Erde. Mit 78 Abbildungen und einem Anhang: Geologische Profile und Erklärung geologischer Hausabdrücke. 100 Seiten. 1,50 Mark. — Felsch: Die Grundschule. Erster Teil: 2. und 3. Schuljahr. 240 Mark. — Schramm: Reichstagsbericht für Schule und Selbstunterricht. 30 Bsp. — Hamburger Jugendlicherband. 50 Bsp. — Jack London: Wenn die Natur ruft. Erzählung. 114 Seiten. Geb. 1,50 Mark. — Dr. C. Hauser: Der Mensch vor 100 000 Jahren. Reich illustriert. 139 Seiten. Gebunden. 3,50 Mark.
Theater- und Konzertkaffe.
Sonntag, 27. November. Frank-Jugendheim, 8 Uhr: „Mut und Liebe“ (ein Ritter-Schauspiel von Karsten Eberke). Volkshaus-Mitglieder 50 Bsp., Nichtmitglieder 60 Bsp.
Sonntag, 28. November. Kasino-Gaststätte, 11 Uhr: Kulturklub-Vertrag „In der fantastischen Wildnis“. Volkshaus-Mitglieder 60 und 75 Bsp., Nichtmitglieder 75 Bsp. und 1 Mark.

Konsum-Verein

für Magdeburg und Umgegend, E. G. m. b. H.
Jetzt Jakobstraße 42
Ecke Peterstraße neben der „Reichskrone“

Herren-Konfektion

Woll- Hemd	25.- 28.- 32.- 36.- 40.- 45.- 50.- 55.-	Herren-Anzüge	37,50 42.- 48.- 52.- 58.-
Woll- Hemd	25.- 28.- 32.- 36.- 40.- 45.- 50.- 55.-	Herren-Anzüge	37,50 42.- 48.- 52.- 58.-
Woll- Hemd	25.- 28.- 32.- 36.- 40.- 45.- 50.- 55.-	Herren-Anzüge	37,50 42.- 48.- 52.- 58.-

Damen-Konfektion

Woll- Mantel	35.- 37,50 40.- 42,50 45.- 47,50 50.- 52,50 55.- 57,50 60.- 62,50 65.- 67,50 70.- 72,50 75.- 77,50 80.- 82,50 85.- 87,50 90.- 92,50 95.- 97,50 100.-	Woll- Mantel	35.- 37,50 40.- 42,50 45.- 47,50 50.- 52,50 55.- 57,50 60.- 62,50 65.- 67,50 70.- 72,50 75.- 77,50 80.- 82,50 85.- 87,50 90.- 92,50 95.- 97,50 100.-
-----------------	--	-----------------	--

Stoffe

Woll- Stoffe	2,75 3,25 3,75 4,25 4,75 5,25 5,75 6,25 6,75 7,25 7,75 8,25 8,75 9,25 9,75 10,25 10,75 11,25 11,75 12,25 12,75 13,25 13,75 14,25 14,75 15,25 15,75 16,25 16,75 17,25 17,75 18,25 18,75 19,25 19,75 20,25 20,75 21,25 21,75 22,25 22,75 23,25 23,75 24,25 24,75 25,25 25,75 26,25 26,75 27,25 27,75 28,25 28,75 29,25 29,75 30,25 30,75 31,25 31,75 32,25 32,75 33,25 33,75 34,25 34,75 35,25 35,75 36,25 36,75 37,25 37,75 38,25 38,75 39,25 39,75 40,25 40,75 41,25 41,75 42,25 42,75 43,25 43,75 44,25 44,75 45,25 45,75 46,25 46,75 47,25 47,75 48,25 48,75 49,25 49,75 50,25 50,75 51,25 51,75 52,25 52,75 53,25 53,75 54,25 54,75 55,25 55,75 56,25 56,75 57,25 57,75 58,25 58,75 59,25 59,75 60,25 60,75 61,25 61,75 62,25 62,75 63,25 63,75 64,25 64,75 65,25 65,75 66,25 66,75 67,25 67,75 68,25 68,75 69,25 69,75 70,25 70,75 71,25 71,75 72,25 72,75 73,25 73,75 74,25 74,75 75,25 75,75 76,25 76,75 77,25 77,75 78,25 78,75 79,25 79,75 80,25 80,75 81,25 81,75 82,25 82,75 83,25 83,75 84,25 84,75 85,25 85,75 86,25 86,75 87,25 87,75 88,25 88,75 89,25 89,75 90,25 90,75 91,25 91,75 92,25 92,75 93,25 93,75 94,25 94,75 95,25 95,75 96,25 96,75 97,25 97,75 98,25 98,75 99,25 99,75 100,25 100,75	Woll- Stoffe	2,75 3,25 3,75 4,25 4,75 5,25 5,75 6,25 6,75 7,25 7,75 8,25 8,75 9,25 9,75 10,25 10,75 11,25 11,75 12,25 12,75 13,25 13,75 14,25 14,75 15,25 15,75 16,25 16,75 17,25 17,75 18,25 18,75 19,25 19,75 20,25 20,75 21,25 21,75 22,25 22,75 23,25 23,75 24,25 24,75 25,25 25,75 26,25 26,75 27,25 27,75 28,25 28,75 29,25 29,75 30,25 30,75 31,25 31,75 32,25 32,75 33,25 33,75 34,25 34,75 35,25 35,75 36,25 36,75 37,25 37,75 38,25 38,75 39,25 39,75 40,25 40,75 41,25 41,75 42,25 42,75 43,25 43,75 44,25 44,75 45,25 45,75 46,25 46,75 47,25 47,75 48,25 48,75 49,25 49,75 50,25 50,75 51,25 51,75 52,25 52,75 53,25 53,75 54,25 54,75 55,25 55,75 56,25 56,75 57,25 57,75 58,25 58,75 59,25 59,75 60,25 60,75 61,25 61,75 62,25 62,75 63,25 63,75 64,25 64,75 65,25 65,75 66,25 66,75 67,25 67,75 68,25 68,75 69,25 69,75 70,25 70,75 71,25 71,75 72,25 72,75 73,25 73,75 74,25 74,75 75,25 75,75 76,25 76,75 77,25 77,75 78,25 78,75 79,25 79,75 80,25 80,75 81,25 81,75 82,25 82,75 83,25 83,75 84,25 84,75 85,25 85,75 86,25 86,75 87,25 87,75 88,25 88,75 89,25 89,75 90,25 90,75 91,25 91,75 92,25 92,75 93,25 93,75 94,25 94,75 95,25 95,75 96,25 96,75 97,25 97,75 98,25 98,75 99,25 99,75 100,25 100,75
-----------------	--	-----------------	--

Die große Mode

Schlangen- u Eidechsen-Leder

Lackmodespangen, eleganter Schnitt mit Seitenstrahlen mit grau Krokodillleder, L.-XV.-Abs. 16⁵⁰

Lackmodespangen mit imit. Schlangenleder-Blattkonfektion L.-XV.-Absatz 17⁵⁰

Lackmodespangen mit eleganten Unterdrehungen aus imit. Eidechsenleder, L.-XV.-Abs. 17⁵⁰

Lackmodespangen, Schnitt wie Abbildung, mit Blatt und Hinterteil aus imit. Schlangenleder, L.-XV.-Absatz 18⁵⁰

Lackmodespangen, sport. Zusammenstellung mit Krokodillleder, L.-XV.-Absatz 18⁵⁰

Tack & Cie

Verkaufsstelle
Conrad Tack & Cie. G. m. b. H. Magdeburg, Alter Markt 11
Stettin, Steinstr. Oachersleben a. d. B., Halberstädter Str. 95.
Stendal, Breite Straße 35.

PETZON



Wir wollen jedem das Kaufen möglich machen!

10% Rabatt in bar auf alle unsere regulären Preise bis einschl. 30. Novbr.

Spezial-Abteilung erstklassiger Qualitätsware 12.50 14.50 16.75

Massenverkauf zu Spottpreisen

Kinderschuhe... Herren-Leder-Schuhe... Filzschuhe... Leder-Hauschuhe... Winterstiefel...

Herren-Workstiefel... Herren-Leder-Schuhe... Herren-Leder-Schuhe... Herren-Leder-Schuhe...

Herren-Leder-Schuhe... Herren-Leder-Schuhe... Herren-Leder-Schuhe... Herren-Leder-Schuhe...

Herren-Leder-Schuhe... Herren-Leder-Schuhe... Herren-Leder-Schuhe... Herren-Leder-Schuhe...



Seitigen Sie bitte genau... Massen-Verkauf...

Breiter Weg 168 Haus Bodensteiner Eine Treppe



Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf...

Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf...

Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf...

Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf...

Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf... Massen-Verkauf...

Advertisement for Biener & Chusid, featuring a table of furniture prices and the slogan 'Auf Teilzahlung 1/2 Anzahlung'.

Advertisement for 'Auf Teilzahlung 1/2 Anzahlung' with a list of furniture items and prices.

Advertisement for 'Auf Teilzahlung 1/2 Anzahlung' with a list of furniture items and prices.

Advertisement for 'Auf Teilzahlung 1/2 Anzahlung' with a list of furniture items and prices.

Large advertisement for 'Das Anverkauft wegen Geschäftsübergabe' by Wilhelm Brandt, located at Schönebecker Straße 27.